

Saar-Zeitung

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 20 * 7. Jahrgang

Berlin, 15. Oktober 1926.

Vom Wirtschaftspakt zum Verständigungspakt?

In Brüssel ist am 30. September nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Stahlindustrien von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg ein festländisches Eisenartell abgeschlossen worden, das mit dem 1. Oktober bereits in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen hat nicht nur eine wirtschaftspolitische sondern auch eine große außenpolitische Bedeutung, da es letzten Endes gewisse wirtschaftliche Bestimmungen des Versailler Vertrages ad absurdum führt. Der Versailler Vertrag rief mit seinen willkürlichen Bestimmungen befanntlich die seit Jahrzehnten bestehenden geschlossenen Wirtschaftsgebiete Europas auseinander und verhinderte durch eine neue willkürliche Grenzziehung dadurch das natürliche Zueinandergreifen zueinandergehörender Rohstoff- und Produktionsgebiete. Grundgedanke der Zertrümmerung systematisch aufgebauter Wirtschaftsgemeinde war der, Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen, seine Wirtschaft zu zertrümmern und die deutschen Absatzmärkte in Besitz zu nehmen. Der ganze Teil X des Versailler Diktats der die wirtschaftlichen Bestimmungen enthält, ist darauf aufgebaut, Deutschland wirtschaftlich vollständig ohnmächtig zu machen und das Erbe der deutschen Wirtschaft zu übernehmen. Als sich herausstellte, daß eine Zertrümmerung des deutschen Wirtschaftslebens in dem beabsichtigten Umfange nicht möglich war, schritten Frankreich und Belgien befanntlich zu der Ruhrinvasion mit der Absicht, auf diesem Wege die Ruhrindustrie, das Herz der deutschen Wirtschaft, in die Hand zu bekommen. Es war nicht ohne Absicht, daß man zum eigentlichen Wirtschaftsdiktator in Ruhrgebiet den bis dahin im Saargebiet tätigen Berghauptmann *Franz von Sauer* bestellte, der als Leiter der Witum den Plan der wirtschaftlichen Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zur Durchführung bringen sollte, den der französische Kammerdeputierte und Bringer des *Poincaré*, *Daricac*, ausgehüllt hatte.

In dem französischen Plan der wirtschaftlichen Eoatierung des Saargebietes war auch die Verwelschung der deutschen Saarindustrie vorgesehen, was sich bald nach dem Einzug der Franzosen und der Aheberreinigung der Saargeuben an Frankreich dadurch zeigte, daß man die saarländischen Industrie-Werke gewaltsam mit französischem Kapital überfremdete. Welche Wirkungen dieses Vorgehen in Verbindung mit der Errichtung der Saargrenzlinie für das Wirtschaftsleben an der Saar hatte, ist befannt. Ebenso ist befannt, daß die von Frankreich erhofften wirtschaftlichen Erfolge für die französische Schwerindustrie ausblieben, daß sich vielmehr durch die Einbeziehung der Saarwerke in das französische Wirtschaftsgebiet voranzusehende Schwierigkeiten für die französische Wirtschaft auf dem französischen Inlandsmarkt ergaben. Gerade im Saargebiet zeigte sich, daß politische Ziele sich nicht immer mit den wirtschaftlichen Naturgesetzen in Einklang bringen lassen. Französischerseits bestand hinsichtlich des Saargebietes einmal die Absicht, wirt-

schaftlich aus ihm ein Geschäft zu machen und politisch die Grenzen Frankreichs in deutsches Gebiet vorzutreiben. Die beiden Ziele wurden auch bis zu Anfang des Jahres 1925 konsequent verfolgt, da bis dahin durch das besondere Entgegenkommen der Saarregierung das Saargebiet der französischen Wirtschaft als Absatzgebiet erschlossen, umgekehrt aber der saarländischen Wirtschaft der französische Inlandsmarkt verschlossen wurde. Als mit dem 10. Januar 1925 die Saargollgrenze reiflos aufgerichtet wurde, nachdem sie praktisch durch das eigenmächtige Kontingentierungsverfahren der Saarregierung für die deutsche Wareneinfuhr schon über ein Jahr in Kraft war, mußte die saarländisch-lothringische Grenze auch der saarländischen Ausfuhr nach Westen hin geöffnet werden. Obwohl bis zum Jahre 1918 Lothringen und das Eläß enge wirtschaftliche Beziehungen zum Saargebiet unterhalten hatten, war infolge des Bestrebens der wirtschaftlichen Ausdehnung Frankreichs inzwischen dieses einstige deutsche Reichsland schon völlig wirtschaftspolitisch nach Westen umgestellt. Die alten saarländisch-lothringischen Beziehungen konnten daher nur in einem ganz geringen Umfange wieder aufgenommen werden. Noch schwieriger gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saargebiet und dem alten Frankreich. Infolge der stark gesteigerten Industrie Frankreichs während der Kriegsjahre und durch das Hinzutreten der bedeutenden Eläß-Lothringischen Industrie hatte Frankreich eine Ueberproduktion aufzuweisen, bei der die saarländische Konkurrenz auf dem französischen Finanzmarkt außerordentlich drückend empfunden wurde. Es zeigte sich also hier, daß durch die vollständige Verziehung der bisherigen Wirtschaftseinheiten Europas durch den Versailler Vertrag die gesamte europäische Wirtschaft in Unordnung geraten war, was sich in vollständiger Unsicherheit auf dem Weltmarkt, in dem Aufstreben neuer Konkurrenz und in zunehmender Arbeitslosigkeit besonders in den währungsstarken Ländern äußerte.

Was Frankreich mit dem Saargebiet an wirtschaftlicher Enttäuschung im Kleinen erlebte, zeigte sich im großen auch in dem völligen Fiasko des Ruhrkrieges. So verlohnt die Ausbeutung der deutschen Rhein- und Ruhrindustrie durch die französische Industrie sein, möchte, so gehören zur rationalen Ausnützung der gewaltigen deutschen Industrieanlagen an Rhein und Ruhr doch andere Faktoren dazu, als der einseitige politische Machtwille Frankreichs. Schon

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 10, Jahrgang 2,
der „Saarheimatbilder“ bei.

während des Ruhrkrieges erkannte man auf französischer Seite nur zu deutlich, daß eine rationelle Ausnutzung der rheinisch-westfälischen Industrie nur möglich ist bei freiwilliger Mitarbeit der deutschen Ruhrindustriellen und der deutschen Arbeiterschaft. Das Ruhrunternehmen war für Frankreich ein ausgeprägter Mißerfolg auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Lehten Endes ist die Franzoseninflation die nachschärfste Nachwirkung eines verunglückten nachpolitischen Experimentes gegen die natürlichen Zusammenhänge und gegen die logische Entwicklung geschlossener Industrien und Wirtschaftsgebiete Deutschlands. Die Richtigkeit der alten Wahrheit, daß politische Ziele sich nicht immer decken mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten stellte man jedenfalls erneut sehr bald in französischen Wirtschaftskreisen fest. Man erkannte als beste Lösung zur Stärkung und Stabilisierung der französischen Wirtschaft eine Zusammenarbeit zwischen der französischen und deutschen Wirtschaft. Diese These wurde vor allem von dem Vertrauensmann der französischen Schwerindustrie, Loucheur, vertreten, den man deutschfreundlicher Gesinnung eigentlich nicht bezichtigen kann. Loucheur war es bekanntlich, der gelegentlich seines Besuches in Saarbrücken im Jahre 1921 bei dem damaligen Präsidenten der Saarregierung, Herrn Kaul, daran erinnerte, „was Frankreich von ihm erwartete“, nämlich die Französisierung des Saargebietes. Er hat damals Herrn Kaul diesen Auftrag zweifellos in der Erwägung gegeben, daß mit der Einverleibung des Saargebietes in Frankreich das französische Wirtschaftsleben einen weiteren Impuls erfahren würde. Wir haben schon oben nachgewiesen, wie sehr die damaligen wirtschaftlichen Berechnungen der Franzosen über die Auswertung des Saargebietes fehlgeschlagen sind. Es war damals kaum verwunderlich, daß gerade Loucheur, der als gerissener Geschäftsmann gilt, nachdem er die Sinnlosigkeit der nachpolitischen Methoden gegenüber Deutschland erkannt hatte, gerade er dafür eingetreten ist, zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der französischen und deutschen Wirtschaft zu gelangen.

Die in dieser Richtung geführten Verhandlungen reichen eigentlich bis zu der Zeit unmittelbar nach dem Ruhrkrieg zurück. Sie haben jetzt mit der Gründung des festländischen Eisenkartells in Brüssel ihren Abschluß gefunden. Berücksichtigt man die Vorgeschichte dieses Eisenpattes, dann versteht man, daß diesem nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine hochpolitische Bedeutung zukommt. Nachdem man in Frankreich durch bittere Erfahrungen zu der Einsicht gekommen ist, daß Frankreich wirtschaftlich gebunden und erstarken kann nur in Gemeinschaft mit der deutschen nicht aber im Kampf gegen die deutsche Wirtschaft, wird es sehr schwer halten, politisch einen Kurs zu feuern, der sich gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auswirken müßte. Die Verflechtung der deutschen und französischen Wirtschaftsinteressen wird mehr als jeder andere Faktor in der Lage sein, eine deutsch-französische Verständigung auch auf politischem Gebiet herbeizuführen. Schon heute mehrten sich die Stimmen, die die Notwendigkeit unterstreichen, diesem Eisenpatt auch einen Kohlenpatt folgen zu lassen, um durch zunehmende Beteiligung auf dem Weltmarkt und durch gegenseitige Vereinbarungen den Produktionsgang vor Erschütterungen zu bewahren, und durch gesunde Rekalulationspolitik die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen zu fördern.

Bei Festlegung der den an dem Eisenpatt beteiligten Ländern zugewiesenen Quoten ist von Bedeutung, daß dem Saargebiet ein besonderes Kontingent zuerkannt worden ist, obwohl es nach dem Versailles Vertrag völkerrrechtlich bekanntlich zum französischen Wirtschaftsgebiet gehört. Aus dieser Tatsache darf man entnehmen, daß man bei den in Frage kommenden Partypartnern davon überzeugt ist, daß dieser unannehmliche Zustand nicht mehr von langer Dauer sein kann. (Der Eisenpatt ist bekanntlich zunächst für fünf Jahre abgeschlossen worden.) Für das Saargebiet hat diese Einteilung neben der nicht zu unterschätzenden politischen auch eine weitreichende wirtschaftliche Bedeutung. Es tritt in Zukunft mit seiner Eisenproduktion im Rahmen des Eisenpattes mit den übrigen vertragsschließenden Ländern mit gleicher Preisgestaltung auf den Exportmarkt, ohne Gefahr zu laufen, unter- oder überboten zu werden. Da durch das Verfahren der Ausgleichsstufe und

auf Grund der festgesetzten Erzeugungsquote indirekt eine Preisregulierung stattfindet, so ist für die Saarwirtschaft, soweit sie die Eisenindustrie betrifft, mit einer gesicherten gewinnbringenden Produktion zu rechnen. Bei voller Ausnutzung der dem Saargebiet zuerkannten Produktionsquote und der allerdings damit verbundenen Reinigung der Wirtschaft von ausgeblühten Inflationsbetrieben müßte diese Tatsache Rückwirkungen auch auf die Lohnpolitik haben, die allmählich der ganzen Saarwirtschaft und damit der gesamten Saarbevölkerung zugute kommen müßte. Da sich darin jedoch alle Hoffnungen bald und reißlos erfüllen werden, hängt davon ab, wie sich nach Überwindung der ersten Kinderkrankheiten des Kartells das ganze Ausgleichsverfahren gestaltet.

Die politische Seite des Eisenpattes ist bereits ange deutet. Sie hat ihre Bedeutung selbstverständlich auch für das Saargebiet. Die Auswirkungen der Befreiungen von Thoiry werden sich erst recht langwierig entwickeln, da die politischen Gegenströmungen in Frankreich sich in zunehmendem Maße verstärken. Wollte man also die Liquidierung der Saarfrage von dem guten Willen des politischen Frankreichs erwarten, dann würde man sich noch eine geraume Zeit gedulden müssen. Die französischen Militärs machen, leitend Poincaré wieder die Geißel Frankreichs lenkt, jede Schwierigkeiten, um eine deutsch-französische Verständigung zu verhindern. Sie finden tatkräftige Unterstützung in den französischen Rechtskreisen und in jenen Kreisen der französischen Annexionspolitik, die heute noch von einer Loslösung des Saargebietes und des Rheinlandes vom Deutschen Reich träumen. Wohl aber können die deutsch-französischen Verständigungsverträge eine realere Grundlage durch weitreichende Wirtschaftsverhandlungen erhalten. Sind die Interessen der beiderseitigen Wirtschaftsorganisationen erst miteinander verflochten, dann werden sich die französischen Wirtschaftsvertreter einem neuen Ruhrkriegsruhe Poincarés in ihrem eigenen Wirtschaftsinteresse lebhaft widersetzen. Wie stark sich solche Wirtschaftsvereinbarungen auf die Beziehungen der verschiedenen Länder auswirken, ergibt sich aus der Tatsache, daß, nachdem der Abschluß des festländischen Eisenpattes die geschlossene Sache geworden war, von englischer induzierter Seite die Anregung an die deutsche Industrie erging, sich über die verschiedensten weltwirtschaftlichen Fragen zu unterhalten.

Welche Auswirkungen solche Vereinbarungen im einzelnen haben werden, muß erst die praktische Anwendung ergeben. Was den besonderen Fall des Saargebietes angeht, der nach übereinstimmenden Nachrichten in Thoiry eine Rolle spielte, so erscheint aus hier die rein wirtschaftliche Seite der Frage nicht übergroßen Schwierigkeiten zu begegnen. Daß Frankreich die Saargruben als Erlös für die französischen, während des Krieges verkürzten Gruben nicht mehr braucht, ist eine allbekannte Tatsache. Daß es aber auch sonst auf die Ausbeute der Saargruben keinen allzu großen Wert mehr legt, weil Frankreich für die Saarkohle keinen genügenden Absatz hat, ist ebenfalls bekannt. Frankreich könnte kein größerer Gefallen getan werden, als wenn Deutschland die Saargruben gegen eine entsprechende Goldzahlung zurückkaufte. Wie schon erwähnt, hat es 300 Millionen Goldmark geordert, und es würde zweifellos mit 250 Millionen auszufrieden sein. Hierbei ergeben sich jedoch gewisse politische Fragen, die mit dem Beziehungsproblem zusammenhängen. Ein vorzeitiger Rückkauf der Saargruben durch Deutschland ist nach § 38 des Saarkartells zulässig.

Leblich hinsichtlich der vorgeschriebenen Volkssouveränität im Saargebiet wäre eine Abweichung von den betreffenden Bestimmungen erforderlich, wenn gleich auch hier durch Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich durchaus im Rahmen des Saarkartells. Da aber eine solche Vereinbarung die vorzeitige Rückgabe des Saargebietes zur Folge haben müßte, so sieht sie zu ihrer Durchführung die Regelung der Frage der Rheinlandablieferung voraus, da sonst innerhalb der belegten Zone an der Saar ein Vakuum entstehen müßte. Das wäre in jeder Beziehung natürlich ein unmöglicher Zustand, da sich daraus für das Saargebiet ebenso wie für die belegten Gebiete und für das übrige Deutschland Schwierigkeiten ergeben müßten. Berücksichtigt

man diese Tatsache, so muß man zu der Auffassung kommen, daß, wenn die deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen zu dem in Thoiry beprochenen Ergebnis führen sollen, nicht eine Teillösung möglich ist, sondern daß der Gesamtkomplex aller die beiden Länder interessierenden Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden muß. Auf deutscher Seite war man sich dabei von vornherein im klaren, daß ein solches Ergebnis nicht in kürzester Frist zu erzielen ist, sondern daß eine geraume Zeit vergehen wird, ehe man die Basis hierfür geschaffen hat.

Diese Verzögerung der Verhandlungen muß um so größer sein, je mehr ein gewisser Teil französischer Politiker und Organisationen Einfluß auf Poincaré gewinnen. So hat kürzlich die französische Patriotenliga in Lothringen unter dem Vorsth des bekannten Senators und Generals Hirschauer einen Aufruf erlassen, der sich gegen jede vorzeitige Rückgabe des Saargebiets wendet. „Die Zurückziehung der Truppen würde“, so heißt es in dem Aufruf, „eine nationale Gefahr für Frankreich bedeuten, aber es würden auch ganz besonders die wirtschaftlichen Interessen Lothringens im Saargebiet gefährdet, die sich auf das jetzige Steuerregime für eine Dauer von 15 Jahren eingerichtet hätten.“ Ob es Zufall ist oder ob ähnliche Äußerungen hierzu den Anlaß gegeben haben, daß Poincaré eine Reise nach und durch Elsaß-Lothringen unternahm, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Tatsache ist, daß sich Poincaré zu dieser Reise entschlossen hat, um sich an Ort und Stelle persönlich über die verschiedenen Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung zu unterrichten. Tatsache ist weiter, daß Poincaré bei diesem Besuch die Vertreter der elsäß-lothringischen Kaufmannschaft und des Handels empfangen und sich mit ihnen auch über die wirtschaftlichen Beziehungen Elsaß-Lothringens zum Saargebiet unterhalten hat. Es scheint, daß von seiten der Wirtschaftsvertreter aus wirtschaftlichen Erwägungen ähnliche Forderungen hinsichtlich des Saargebiets erhoben worden sind, wie von der erwähnten Patriotenliga, die diese allerdings aus politischen und rein nationalistischen Gründen erhoben hat. Ueber das, was Poincaré den Vertretern der Kaufmannschaft usw. erwidert hat, geben die Meldungen der französischen Presse auseinander. Nach einer Darstellung des Pariser „Journal“ soll Poincaré erklärt haben, „daß die Regierung entgegen den

Wünschen in der deutschen Presse keineswegs die Absicht habe, das Saargebiet vor Ablauf der Frist des Versailles Vertrages aufzugeben oder an Deutschland zu übertragen.“ Nach dem „Matin“ soll die Erklärung Poincarés nur dahin gelautet haben, daß die französische Regierung im Augenblick nicht daran denke, eine Veränderung des Wirtschaftsregimes im Saargebiet vorzunehmen. Die „Vossische Zeitung“ will demgegenüber erfahren haben, daß Poincaré keine von diesen Äußerungen getan haben soll, sich vielmehr als Entgegnung auf gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Rückwirkungen des Ausbleibens des Saargebiets aus dem französischen Wirtschaftsgebiet auf Industrie und Handel in Elsaß-Lothringen auf die Versicherung beschränkt habe, daß die französische Regierung bei einer evtl. Rückgabe des Saargebiets die berechtigten Interessen Elsaß-Lothringens auch auf wirtschaftlichem und zollpolitischem Gebiet in vollem Umfange zu wahren wissen werde.

Authentischeres war jedenfalls über die Erklärungen Poincarés bisher nicht zu erfahren. Aus gewissen Vorgängen hat man jedenfalls den Eindruck gewonnen, als ob Poincaré hinsichtlich der von Briand vertretenen Thoiry-Politik seine eigenen Wege geht, so daß man immerhin damit rechnen dürfte, daß er sich auch hinsichtlich der Saarfrage in einer Richtung betätigen hat, die sich mit der Auffassung Briands nicht deckt.

Immerhin, man kommt durch diese jüngsten Vorgänge allmählich immer mehr zu der Ueberzeugung, daß auch die Saarfrage langsam weniger eine rein politische als eine mehr wirtschaftliche Frage geworden ist, die um so schneller sich politisch lösen läßt, je mehr man sich wirtschaftlich verständigt. Dabei muß man sich im klaren sein, daß eine Liquidierung der Saaraffäre zwar ohne jegliche Hemmnissen den politischen Wiederanschluß des Saargebiets an Deutschland bringen würde, das damit zusammenhängende Wirtschaftsproblem aber für das Saargebiet noch schwerwiegende Erschütterungen nach sich ziehen dürfte, bevor das Saargebiet auch wirtschaftspolitisch wieder gleichberechtigt und gleichgestaltet dem deutschen Wirtschaftskörper angegliedert sein wird.

Plebizite im Saargebiet.

Von Josef Götgen, Saarlotus

I.

Die Bestimmungen des Saarstatuts sprechen im § 34 von einem Plebizit, das gemeinde- oder bezirksweise stattfinden soll und über drei Möglichkeiten entscheidet. Die drei Fälle der Abstimmung werden hier als bekannt vorausgesetzt. Auch darf das Ergebnis der Saarabstimmung heute schon als bestimmt vorausgesetzt werden, wenigstens in seinem größten Teile. In der „Saarbr. Ztg.“ vom Montag, dem 13. September, hat bei der Besprechung des tiefgründigen Wertes von Oberlandess-gerichtsrat Andres, Raumburg, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine: Grundlagen des Rechts im Saargebiet, Herr v. d. R. unter anderem gesagt: „Im übrigen braucht über die Abstimmung, wenn auch Götgen in letzter Zeit auf bedenkliche Absichten der Regierungskommission mit Recht hingewiesen hat, kein Wort mehr verloren zu werden.“

Ich stimme im wesentlichen mit dem Kritiker des Androschen Wertes überein, erlaube mir jedoch nach wie vor über die materielle Auslegung des Abstimmungsergebnisses anderer Auffassung zu sein. Wiederholt ist von mir auf die Gefahr der Zerspaltung der Saar-Abstimmung hingewiesen worden, wiederholt schon habe ich darauf hingewiesen, daß in dem Abstimmungsparagraphen gefährliche Zuhaltungen enthalten sind. Es ist nirgends davon die Rede, daß der Völkerröndrat sich nach dem Ergebnis der Abstimmung richten muß, wohl aber heißt es in dem schicksalstüchtigen § 35 des Saarstatuts, daß der Völkerrönd „unter Berücksichtigung des ausgedrück-

ten Wunsches“ entscheidet. In diesem Paragraphen erblicke ich den Ausgangspunkt der Zerspaltung und den Anfang des diplomatischen Zutrigenspietes, das nach der Abstimmung ohne Zweifel französischerseits besonders hinsichtlich des Kreises Saarlouis einsehen wird. Was bedeutet der terminus technicus: Berücksichtigung in Verbindung mit dem Begriff des Wunsches? Liegt nicht in den nicht klaren Worten des § 35 die Potentialität der Entscheidung des Völkerröndes enthalten? Berücksichtigung heißt ein Ergebnis, also in diesem Falle die Abstimmung, nicht werten zu müssen, sondern werten zu können. Im Können liegt die Gefahr. Weiterhin ist in dem § 35 das Minderheitenproblem angechnitten, wie es ausdrücklich als Teilgebiet der Saar bezeichnet wird. Nun gibt es natürlich an der Saar keine Minderheiten, es könnten aber immerhin welche geschaffen werden, und dazu gibt das Saarstatut mehr als eine Handhabe. Es wäre sehr leicht möglich, daß die nicht ungeschickt arbeitende französische Propaganda solche Minderheiten schaffen hilft, und die französische Saarlitteratur spricht an mehr als einer Stelle ausdrücklich von dieser Minderheit. Ribot de la Blache sagt z. B. an einer Stelle seiner verabschiedenden Worte über die Saar:

„Le Vole aura lieu par communes ou par districts de telle facon, que le droit des minorites soit respecte.“

Hieraus geht klar hervor, daß das Recht der Minderheiten gewahrt werden soll, und Ribot de la Blache ist nicht etwa ein z-befehliger Franzose, sondern einer jener Männer, die lehr-

wesentlich an den Saarstatut mitgeholfen haben. Wenn man außerdem noch die Grenzregulierungsverträge der Jahre 1802 und 1827 in den Bereich der durch die Abstimmung neu vorzunehmenden Grenzregulierungen, wie die Franzosen so gerne sich auszubilden liebten, einbezieht, so ergeben sich bei genauer Kenntnis der französischen Mentalität und bei peinlicher Wahrung des französischen Prestiges die Möglichkeiten von solchen Regulierungen im Wesen des Kreises Saarlouis.

Gewiß, Frankreich ist sich darüber klar, daß die Abstimmung ein gewaltiger Sieg des deutschen Gedankens an der Saar sein wird, aber es lassen sich auch Widerbehalten schaffen. Dazu bedarf es nicht einmal solcher Abstimmungsverfahren, wie sie Belgien in Cuperly, Malmedy oder wie sie jüngst der spanische Diktator Primo de Rivera anwandte. Frankreich braucht nur ein ganz geringes Stück des Saargebietes, und wenn es nur die Teile der Grenzregulierungsverträge von 1802 und 1827 sind, zu erhalten, dann hat es innerpolitisch sein außenpolitisches Prestige gewahrt. Man glaube doch nicht etwa, daß durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nun auf einmal das ganze Saarproblem gelöst sei, und als ob durch die herrlichen Friedensworte Briand's in Genf, die Theater und keine politischen Realitäten waren, der Franzose all seine Aspirationen auf die Saar aufgegeben habe. Dafür bietet die jüngste Vergangenheit noch ein Beispiel. Jean Rivoire sagt z. B. in seinem Buche: „La Sarre“ vom Jahre 1926 über die Abstimmung, nachdem er „den Rückschlag des französischen Einflusses“ der Saar zugegeben hat, folgendes:

„Auch Jahre trennen uns noch von dem Abschlusse. Wer vermag zu sagen, wie in neun Jahren die wirtschaftliche und politische Lage ist? Wer hätte im Jahre 1909 geahnt, daß neun Jahre später Elsaß-Lothringen wieder französisch würde? ... Es muß daher unser Bestreben sein, die saarländische Abstimmung vorzubereiten. Solange wir noch an der Saar sind, solange wir noch im Besitze der Kohlengruben usw. befinden, wird in dieser Hinsicht nichts verloren sein. Was wir unseren Beamten vorzumerken haben, ist das eine, daß die Abstimmung mit nicht genügend Methode vorbereitet und vor allem mit nicht genügendem Vertrauen. Gewiß, ihre Aufgabe ist nicht leicht. Sie haben und sie werden noch viele Schwierigkeiten zu überwinden haben. Sie werden hin und wieder Erfolg haben, wie sie auch schon einige Male Erfolg hatten. Hin und wieder werden sie auch Mißerfolge haben. Aber es ist notwendig, daß sie sich nicht damit begnügen, von einem Tag zu dem anderen zu leben, oder die gegenwärtigen Hindernisse zu beseligen oder ins Gegenteil zu kehren. Vielmehr müssen sie einen Plan haben. Sie müssen wissen, wohin sie gehen und sie müssen dann auch den Willen haben, dorthin zu gehen. Ferner ist Vertrauen in die Richtigkeit ihrer Handlungen notwendig, notwendig der Glaube an den Erfolg.“

Die weiteren Ausführungen sind in diesem Zusammenhang nicht notwendig. Rivoire schlägt hier in erster Linie die Wirkung des Psychologischen an, er kennt gewiß die Mentalität der Saarbevölkerung, er weiß, daß Frankreich an der Saar gewaltige Einbuße erlitten hat und trotzdem gibt er die Hoffnung auf den Erfolg nicht auf. Man darf diesen heroischen Glauben an den französischen Genius nicht unterschätzen. Auch im Kriege hat letzten Endes der Glaube an den Erfolg den Sieg davongetragen. Das will auch Riviere hier an der Saar erreichen.

Riviere ist der typische Vertreter des französischen Chauvinismus, der Epigone Voicarovs. Der Geist eines Charles Maurras spricht aus ihm und die Kreise der „Action Française“ klatschen begeistert Beifall. La Sarre, das ist die Parole dieser Zettel und sie werden, besser muß man sicher sein, alles drängen, um wenn auch nur einen kleinen Keimen der Saar zu erzielen. Man muß fernher in Erwägung ziehen, daß der Völkerbund sich vorläufig ja noch immer in Kinderschuhen bewegt, man darf aber nicht etwa glauben, die Entwicklung des Völkerbundes gehe nicht vorwärts, sondern bewege sich rückwärts. Und wenn dieser Bund sich eines Tages einer gewissen weltpolitischen Stabilität erfreuen wird, wenn die Völker in ihm Vertrauen gefunden haben, wenn er große Erfolge, was ja im Bereiche der Möglichkeit liegt, in der Zukunft anzuwiesen hat, wer bürgt denn dafür, daß der Rat des Völkerbundes die Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung nicht beschließt, um seine Ideen praktisch durchzuführen?

Wäre es weiterhin nicht möglich, daß die politische Entwicklung in Elsaß-Lothringen dergestalt verläuft, daß ein Appell

der Elsaß-Lothringer an den Völkerbund den gewünschten Erfolg hat und daß das Saargebiet zusammen mit Elsaß-Lothringen der Höhe des Völkerbundes unterstellt würde? Gewiß ist vorläufig in Frankreich noch der Nachstichtpunkt in der Politik ausschlaggebend, und vor der Hand ist an eine solche Lösung der elsässischen Frage noch nicht zu denken. Niemand aber kann eine Entwicklung voraussehen, am allerwenigsten in der Politik, die sich unvertennbar seit London, Vercors und Genf in anderen Gebantengängen bewegt. Solche Lösungen sind bis auf weiteres noch problematischer Natur, aber in Verbindung mit der Elsaß-Lothringischen Frage in den Bereich der Möglichkeiten gerückt und damit wäre auch die Saarabstimmung nicht so gefährdet, daß man keine weiteren Worte mehr über sie zu verlieren braucht.

Aber es ist doch alles im Bericht von Besaillies gewahrt, kann man manchen sprechen hören. Verträge sind festgelegt, damit sie tunc gehalten werden, zumal dann, wenn sie auf gegenseitiger Willensentschließung beruhen. Aber es gibt keinen Vertrag, der nicht mit Zustimmung beider Kontrahenten einer Abänderung unterliegen könnte. Schon manches ist im Versäher Vertrag geändert worden und noch vieles, vielleicht noch mehr, als bisher, wird revidiert werden müssen. Auch das Saarstatut kann mit Zustimmung beider Vertragspartner einer Abänderung unterworfen werden, sicherlich seitens Deutschlands nicht zum Nachteil des Saargebietes.

Der Völkerbund wird jedenfalls manche harte Probe zu bestehen haben und zwar die schwerste Probe in dem Augenblick, wo sich der Rat gegen eine Großmacht in einer wichtigen Angelegenheit entscheiden sollte. Man nehme nur einmal einen ersten Konflikt zwischen Italien und Frankreich als Beispiel. Wird in diesem Falle der Völkerbund in der Lage, oder noch besser gesagt, überhaupt willens sein, in den Konflikt einzugreifen? Wenn ja, wird er in der Lage sein, seiner Entscheidung den nötigen Nachdruck zu verleihen? Die Fragen zu beantworten, ist sehr schwer. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Völkerbund nicht diese Kraft aufbringt. Wehrlich verhält es sich mit Deutschland und Frankreich. Sollte der Völkerbund mit Hilfe und unter Beifall Frankreichs das Saargebiet als autonomes Gebiet erklären, so wird Deutschland ohne Zweifel dagegen Einspruch erheben müssen, weil eine solche Lösung dem Selbstbestimmungsrecht der Völker grundsätzlich zuwiderläuft. England wird sich, wie auch Frankreich darum bemühen, daß der gegenwärtige Rechtszustand aus wirtschaftlichen Gründen bestehen bleibt. Was wird die Folge sein? Eine schwere Krise im Völkerbund, schwerer als alle bisher dagewesenen. Deutschland muß sich der Entscheidung des Völkerbundes fügen, wenn es nicht als Störenfried erscheinen will.

In den letzten Tagen ist seit den Besprechungen zwischen Briand und Stresemann ein ziemlich unerbühter Optimismus über alle Deutschland und Frankreich interessierenden Fragen aufgetaucht, unter diesen befindet sich auch die Saargefrage. Angeblich soll das Saargebiet in einem Jahre ohne Volksabstimmung zum Reiche zurückkehren, andererseits hat Stresemann in Genf vor der deutschen Kolonie von einer „vielleicht“ stattfindenden Abstimmung gesprochen. Es darf ruhig ausgesprochen werden, daß wir die Abstimmung wünschen, nicht etwa deshalb, weil sie im Saarstatut vorgesehen ist, sondern, deshalb, weil sie im Interesse der Weltpolitik und im Interesse der Weltgeschichte liegt. Es darf nicht wieder vorkommen, daß man von einer „gemischten Bevölkerung“ dieses Gebietes spricht, wie es in Besaillies 1919 geschrieben, und die französische öffentliche Meinung soll erfahren, daß Frankreich an der Saar tatsächlich einen schweren „taux pas“ gemacht hat und daß die Gelber dort unheimlich verdammt wurden. Die Saarbevölkerung will herzlich gerne dokumentieren, daß von 150 000 Saarfranzosen sich keine Rede sein kann. Die Abstimmung wird um so mehr zu fordern sein, als das Gebiet ja nicht zum erstenmal als nicht deutsch bezeichnet wurde, als Frankreich schon im 18. und 19. Jahrhundert Abstimmungen abhalten ließ. Hierüber soll in einem weiteren, historischen Artikel gesprochen werden.

Im Zusammenhang mit dieser politischen Betrachtung darf nicht unterlassen werden, zu betonen, daß nicht Frankreich und Deutschland allein über die Saar sich zu einigen haben, sondern daß der Völkerbund ein sehr wichtiges Wort mitzusprechen hat. Diese politische Realität scheinen die deutschen Diplomaten vollständig außer acht zu lassen.

Begleiterscheinungen deutsch-französischer Verständigungspolitik

für die Arbeiterschaft des Saargebietes.

Von Ewald Sommer, Saarbrücken.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und die nachfolgenden Verhandlungen der Außenminister Deutschlands und Frankreichs lenken den Blick der Öffentlichkeit wieder hinfürst nach dem Saargebiet, dem einzigen Stück wertvollen deutschen Bodens, dessen politisches Schicksal erst im Jahre 1935 durch Abstimmung entschieden werden soll. Der „Friedensvertrag“ von Versailles sagt über das Saargebiet folgendes:

„§ 34.

Nach einer Frist von 15 Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird die Bevölkerung des Saargebietes befragt, ihren Willen, wie folgt zu äußern.

Eine Abstimmung findet gemeinde- oder bezirksweise über folgende drei Fragen statt:

- a) Befreiung der durch den gegenwärtigen Vertrag und diese Anlage geschaffenen Rechtsordnung,
- b) Vereinigung mit Frankreich,
- c) Vereinigung mit Deutschland.

Stimmrechtlich ist ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über zwanzig Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages in dem Gebiete gemohnt hat.

Ähnere schnelle Zeit hat uns nur zu schnell die Tage vergehen lassen, in denen durch den Willen der „Steger“ das Schicksal des Saargebietes gegen den Willen seiner Bewohner entschieden wurde. Wohl wendeten sich in einem Aufrufe die zur Nationalversammlung gewählten politischen Vertreter des Saargebietes gegen die Verengung des irdischen Gebietes, stimmten auch geschlossen, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages, um ja nur den Gegnern keinen Schein des Rechtes in die Hand zu geben, trotzdem wurde mit dem Rechte des Stärkeren seitens des Stegers die Position des Saargebietes vom Reiche und die Unterstellung unter die Herrschaft des Völkerbundes beschlossen. Heute, wo der Tag der Rückkehr des Saargebietes nach dem Reiche wohl nicht mehr in allzuweiter Ferne liegt, soll nicht über all das Bittere geredet werden, was auf politischen Gebiete der Saarbenölkerung unter der „Herrschaft“ des Völkerbundes zugefügt wurde.

Auch hat das Saarvolk, fast nur aus Arbeitnehmern bestehend, wichtigeres zu tun, denn die Arbeiterschaft des Saargebietes kämpft um die Erhaltung des nadien Lebens.

Mag sich der politische Himmel auch aufgeklärt haben, desto dunkler und drohender ballt sich wirtschaftliches Unheil über die Arbeiterbenölkerung des Saargebietes zusammen. Und zwar als zwangsläufige Folge der politischen Bestimmung des Vertrages von Versailles über das Gebiet. Nicht zu vergessen ist, daß Frankreich unter der gewagtesten Begründung die sofortige Annexion des Saargebietes erkrankte. Im festen Vertrauen auf die Worte Wilsons vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nahm das Saarvolk diese Bestrebungen 1919 nicht all zu tragisch, bis durch die nicht zu ersichtlichen Taten des Erzeugers kam. Als die Kohlengruben Frankreich überantwortet und der Tag der Abstimmung in das Jahr 1935 gesetzt wurde, wußte die Arbeiterbenölkerung, daß es nur in einem realen Sein oder Nichtsein gehen würde. Die Ereignisse Ende 1919 und Anfang 1920 enthüllten die französischen Absichten, das Saargebiet auf wirtschaftlichem Wege politisch in die Hand zu bekommen, vollständig. In der jeder Demokratie baren Meinung, daß derjenige Staat, der die Wirtschaft eines Gebietes in der Hand habe, auch die Menschen beherrschte, suchte Frankreich auch in den Kohlengruben, vor allem die Schwerindustrie unter seinen nachgebenden Einfluß zu bekommen. Von den im Saargebiet sich befindlichen fünf großen Hüttenwerke, zu denen außerdem die Mannesmannhüttenwerke in Völs mit der Gußstahlfabrik in Burbach, des Stahlwerk Dingler, Karcher u. Co., außerdem das Mannesmann St. Ingbert zu rechnen sind, mit zusammen 40.000 Mann Beschäftigte, gehörte nur die Burbacher Hütte ausländischen Aktionären (Arbel Zugemburg), alle anderen waren in deutschen Händen.

Mit mehr oder minder sanftem Druck suchten nun französische Gesellschaften auf Umweitung und mit Unterstützung ihrer Regierung die Saarwerte in ihre Hand zu bringen. Was niemand erwartet hätte geschah auch: mit Ausnahme der Ballefänger Werke gerieten sämtliche Werte unter französischen Einfluß. Nahegehende Werke der weiterarbeitenden Eisenindustrie, der Glas- und Keramikindustrie

folgten nach. Nun wußte die Bevölkerung, aus welchen Gründen heraus der Passus im „Friedensvertrag“ gemäß war, nach welchem der Völkerbund „unter Berücksichtigung der Volksabstimmung“ die letzte Entscheidung über das politische Schicksal des Saargebietes fällen sollte. Bei einem Völkerbundsraie unter französischem Einfluß konnte die Entscheidung nicht zweifelt sein. Zu Gunsten Deutschlands wäre diese nicht ausgefallen.

Der Wirtschaft sollten die Gewerkschaften folgen. Es braucht im Rahmen dieses Artikels nicht über alle die Versuche gesprochen werden, die französischerseits unternommen wurde, um die Loslösung der Arbeiterorganisationen des Saargebietes von den Stammmassnahmen am Reiche zurückzuführen. All diese Bemühungen scheiterten an der musterhaften nationalen Haltung der Arbeiterschaft. Als gewisse „Führer“ glaubten, den Völkerverbündeten durch Gründung eigener „Saarergewerkschaften“ Vorstoß leisten zu müssen, da zeigte es sich, daß auch die Arbeiterschaft in diesen Organisationen eine Unterordnung der Richtung diese Bestrebungen ablehnte, indem sie die Renegaten allein ließ. Leider scheint man heute, wo bitterer Not unter der Saararbeiterschaft herrscht, diese nationale Haltung vergessen zu haben.

Sehr interessant ist nun die Statistik über die saarländischen Hütten, Werke und Fabriken (von Banken usw. wollen wir absehen), die unter dem maßgebenden Einfluß französischer bzw. ausländischer franko-entländischer Gesellschaften stehen.

In erster Linie wäre der Bergbau mit etwa 68.000 Arbeitern zu nennen. Dann die hauptsächlich unter französischem oder belgisch-lugemburgischem Einfluß stehenden Hüttenwerke mit einer Beschäftigten von etwa 32.000 Mann. Neben diesen Industriezweigen stehen aber auch die Werke der weiterarbeitenden Eisenindustrie sehr stark unter Vormächtigkeits französischer Kapitalisten. Ihre Aktien der maßgebenden Werke gehören überwiegend Franzosen. Es wägen in diesen Betrieben etwa 10.000 und bis 12.000 Arbeiter beschäftigt sein. Auch in der Glas- und Keramikindustrie sind ungefähr 4.000 bis 5.000 deutsche Arbeiter von dem Willen französischer Aktionäre abhängig. Insgesamt sind im Saargebiet über 120.000 Arbeiter in Betrieben tätig, die vollständig unter französischem Einfluß stehen.

Obwohl diese Aufstellung keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit hat, gibt sie die tatsächlichen Verhältnisse ziemlich richtig wieder.

Nachdem durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund die endgültige Liquidierung der Saarfrage vor 1935 ermarktet werden darf und das Uebergewicht des französischen Kapitals im Saargebiet, selbst wenn es zur Abstimmung kommen sollte, den Völkerbundsrat in seiner letzten Entscheidung nicht beeinflussen dürfte, muß die Arbeiterschaft wünschen, daß schon heute von den verschiedensten Stellen, wozu auch die deutschen Völkerverbündeten zu zählen sind, die ihre Saarwerte seinerseits den Franzosen überließen, Mittel und Wege gesucht werden, die eine neue Umstellung möglichst störungslos ermöglichen. Ob diese Frage bei den Verhandlungen über die Schaffung der internationalen Arbeitsgemeinschaft bzw. Eintritten zwischen deutschen und französischen Industriellen eine Rolle spielt, entzieht sich der Kenntnis der deutschen Saargebieterschaft. Für die deutsche Saargebieterschaft handelt es sich hier um eine Existenzfrage. Sowie liegen nämlich die Dinge folgendermaßen: Der Einzug des französischen Industrie- und Bankkapitals gelang in erster Linie aus politischen Gründen, dann erst waren profitwirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Nachdem aber, in erster Linie dank des Berhaltens der Arbeiterschaft, die politische Willens des Kapitals als gescheitert gilt, trat das Profitinteresse in den Vordergrund. Klar und deutlich zeigte sich die Linie der Entwidung. Waren auch in den Jahren 1919—24 die Verhältnisse für die Arbeiterschaft nicht rosig, lo doch immerhin bedeutend besser als heute. Es wäre durchaus falsch, für die heutigen unzureichenden Löhne im Saargebiet die Inflation des französischen Franken allein verantwortlich zu machen. Der Lohnbrud greift zurück bis in das Jahr 1924, im Verhältnis zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage geht es der Saarindustrie nicht einmal gerade schlecht.

Was heute an französischen Aktionären einschließlich der Bergwerksdirektoren im Saargebiet vorhanden ist, muß vor Torsichtigkeit verdienen. Rechnen um jeden Preis, gleich wo und wie. Ob der Arbeitmann und seine Familie hungert, ob die Invaliden der Arbeit und ihre Angehörigen verelenden, ist Nebenbände, es muß noch schnell und viel verdient werden.

Diese Entwidlung kann und darf nicht so weiter gehen. Es muß Pflicht der maßgebenden deutschen Reiche, Industrie- und Gewerkschaftskreise sein, einzugreifen ehe es zu spät ist.

Die Zukunftsaufgaben des Saargebiets.

Die Handelskammer Saarbrücken befaßigte sich in ihrer Vollerhebung vom 30. September mit der wirtschaftlichen Gestaltung des Saargebiets, wie sie sich nach dem abgelaufenen Saartroslabkommen, wie überhaupt nach der neuen außen- und wirtschaftspolitischen Entwicklung der europäischen Gesamtlage ergibt. In einem umfassenden Bericht wies der Präsident der Handelskammer, Herr Quirin von Bock-Mettlach, auf die Notwendigkeit hin, das bisher erzielte Ergebnis nach den verschiedensten Richtungen hin zu ergänzen und zu erweitern. Er ging dabei von dem Standpunkt aus, daß die gesamtpolitische Bewältigung, die eine Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen ergeben werde, die Frage der wirtschaftlichen Gestaltung des Saargebiets in der ersten Reihe der staatlichen Aufgaben des Saargebiets in den Vordergrund der staatlichen Tätigkeit ausstellt, die sich vor allem auf dem Gebiet der Saarwirtschaft ergeben müssen.

Wie außerordentlich schwierig sich diese Frage gestalten werde, geht besonders aus der Lektüre hervor, daß auch das Währungsproblem noch seiner Lösung harre.

In Verbindung mit diesen Zukunftsfragen sei es u. a. notwendig, die neudisenden von anderen deutschen Industriegruppen um die Erstellung verbesserter Verkehrsverhältnisse geführt würden. Der Ruhrbezirk habe im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Weimarerregierung die Förderung gefehlt, seine Absatzverhältnisse durch Bau des Aachen-Weiß-Kanals zu fördern. Das Ruhrgebiet fordere für sich die Verbesserung des Dortmund-Ems-Kanals und den Bau des Hanja-Kanals nach Bremen und Hamburg. Die Saar müßte sich angedehnten dieser Forderungen und vor allem im Hinblick auf den spärlichen Abfluß der Erden darüber klar werden, daß bei Fertigstellung des Ruhr- und Saargebietes, wenn nicht, so doch imwieweit das Saargebiet, das in Abhängigkeit des Saargebietes wesentlich zu beeinträchtigen. Es sei z. B. zu befürchten, daß ein erhöhter Inlandsabfluß der Ruhrwässer die Ruhr vorzuziehen, noch stärker in das alte Absatzgebiet der Saarlohe vorzuziehen. Die Verbindung der Ruhr mit der Elbe durch den Bau des Hanja-Kanals würde weiter die Konkurrenzfähigkeit der Saarlohe in Mitteldeutschland und Sachsen beeinträchtigen. Die hierdurch bedrohte Absatzmöglichkeit der Saarlohe sei nicht nur ein reines Kohlenproblem, sondern ein Industrieproblem für die Saarwirtschaft überhaupt, insofern als die Saarindustrie nur durch mit höherer Kohlenqualität rechnen könne. Absatz in anderen Gebieten werden. In dieser Zusammenhang sind die Ausführungen von Prof. Dr. Kusie in der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 724 vom 29. 9. 1926 hinsichtlich seiner Stellungnahme zum Burnkanal von allgemeiner Bedeutung für das Saargebiet. Kusie weist bei seinen Ausführungen darauf hin, daß in den letzten Jahren die Saarlohe dem süd-deutschen Markt durch die anderen Herkünfte sehr erheblich verdrängt worden ist. Ihr Anteil am süddeutschen Kohlenempfang auf dem direkten Bahnwege — ein anderer ist nur wenig möglich — hob sich von 1913 bis 1922 von 44 auf 18 Proz. Das ist von 3.600.000 Tonnen auf 880.000 Tonnen vermindert. Wenn das Saargebiet wieder, wie früher, am deutschen Wirtschaftsverband teilnimmt, müge auch nach seinem natürlichen Kohlenmarkt nach Süddeutschland zurückkehren können. Das Deutsche Reich und der preussische Staat werden schließlich solche deutsche, im Grunde gegen die Saar gerichteten Maßnahmen, wie den Bau des Aachener Kanals veranlassen können. Das von der Aachen-Stollberger Kanalpropaganda so nachdrücklich ins Feld geführte nationalpolitische Motiv wird dem Saargebiet gegenüber mindestens nicht weniger als für das Ruhrgebiet gelten. In Fortsetzung dieser Gedankengänge des Prof. Dr. Kusie wäre es insbesondere für das Saargebiet das Gebot, sich gegen den Burnkanal mit seiner Verletzung der Arbeitsinteressen des Saargebietes zu wenden. Jedoch ist die Lage des Saargebietes ähnlich wie die der Ruhr. Unabhängig von westdeutschen Kanalplänen wird sich nach wie vor die periphere Lage des Saargebietes zugunsten der saarländischen Absatzinteressen auswirken. Die Saarwirtschaft sieht sich daher in Wahrung ihrer berechtigten Interessen veranlaßt, die Erstellung ausreichender Verkehrswege zu ihren süddeutschen Absatzgebieten zu fordern.

Bei der Frage der Verbesserung der saarländischen Verkehrsverhältnisse, bei der Schaffung eines Wasserweges vom Saargebiet nach dem Rhein, ist von natur her der als Reichsfließ des Saar-Mosel-Kanals wieder auf, der jahrelang fehl- und unempfänglich über unter den Kriegs- und Nachkriegsverhältnissen nicht zur Durchführung kommen konnte. Hinsichtlich des Saar-Mosel-Kanals sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Enttarnung von der Ruhr bis Koblenz höchstens 140—160 Kilometer betrage. Dieser Frachtkontrierung der Ruhr bis Koblenz sei es leinereiz ge-

weien, der die preussischen Saargruben in ihrer abnehmenden Haltung dem Saar-Mosel-Kanal gegenüber bestimme. Es sei daher zu erwägen, bei Wiederaufnahme dieser Pläne auf einen noch älteren Vorschlag zurückzugreifen, der bereits in einer Einseitigkeitung der Handelskammer zu Saarbrücken aus dem Jahre 1888 zum Ausdruck kam und die unmitteltbare Verbindung mit dem Rheine nach der Gegend von Eudwigshafen forderte. Bevor man sich in der einen oder anderen Frage schlüssig werde, sei selbstverständlich die technische Durchführung auf das sorgfältigste zu prüfen. Erst an Hand technischer Grundlagen könne die Saarwirtschaft sich für den einen oder anderen Vorschlag entscheiden. Es sei jedoch jetzt schon notwendig, grundsätzlich die

Kanalverbindung des Saargebietes mit dem Rhein

zu fordern, da sich nur unter dieser Voraussetzung die Absatzfrage der Saarlohe und damit die Zukunft der Saarwirtschaft zufriedenstellend regeln lassen werde. Es sei weiter notwendig, die grundsätzliche Forderung bereits jetzt zu erheben, daß der Kanalbau einer der wesentlichsten Voraussetzungen für eine reibungslose Wiederanfertigung des Saargebietes an das deutsche Wirtschaftsgebiet sei und vorausichtlich wesentlich dazu beitragen könne, die Uebergangs- und Stabilisierungszeit zu mildern.

Nach lebhafter Aussprache über die sich aus dem Kanalprojekt ergebenden Fragen, beschloß die Kammer einstimmig, den Arbeitsausschuß und die Geschäftsführung zu ermächtigen, die für den Kanalbau erforderlichen Vorarbeiten in dem beipropheten Sinne durchzuführen.

Die Kammer befaßigte sich weiter sehr eingehend mit den schwerwiegenden Zollfragen und Gesetzen der Zollunion. Ausdrück, daß es auf Grund der angelegten Zollvereinbarung zu erwartenden internationalen Eisenverbindung möglich sein würde, das am 3. August 1926 abgelaufene Saarwäsenabkommen hinsichtlich der Ausfuhr saarländischer Eisen- und Stahlerzeugnisse und der Einfuhr bester Maschinen, Motoren und Werkzeuge, einschließlich der sonstigen, bisher unregulierten Fragen zu ergänzen. Erentlichweise sei das Saarabkommen vom 5. August 1926 inzwischen in Kraft getreten, so daß weitestens für einen Teil der saarländischen Wirtschaft sich gewisse Zollleichterungen sichtbar machen. Die Verteilung der im Saarabkommen vorgesehenen Kontingente stüge sich im wesentlichen auf die Vorarbeiten der Handelskammer, deren reibungslose Mitarbeit bei der Verteilung der Kontingente in einem Schreiben der Regierung zum Inhalt des Saargebietes beizubringen sei. Auch das Einverständnis der Saarlohe im wesentlichen ohne wesentliche Änderung des vorläufigen Verteilungsplanes beendet. Weiter wird festgehalten, daß sich die Hoffnungen, die auf das deutsch-französische Protokoll als Ergänzung des Saarwäsenabkommens gesetzt wurden, nur in sehr bescheidenen Formen erfüllt haben. Die französischen Zugeständnisse im deutsch-französischen Protokoll erwiesen sich in der Praxis vielfach als durchaus ungenügend, insofern nicht nur viele lebenswichtige Warengruppen unberücksichtigt geblieben sind, als auch die tatsächlich gewährten Zollermäßigungen nicht weitgehend genug sind, um einen Bezug zu ermöglichen. Trotzdem begrüßt die Kammer das Protokoll als ersten Schritt auf dem Wege zum endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag. Sie spricht weiter die Hoffnung aus, daß sich der Handel des Saargebietes, gestützt auf seine Erfahrungen mit den französischen Zollbestimmungen mehr und mehr zu einem Vermittler im deutsch-französischen Gütertausch ausbilden möge.

Mit besonderer Freude und Genugtuung nahm die Kammer davon Kenntnis, daß es am 14. September 1926 gelungen sei, die Verhandlungen über die Regelung des kleinen Grenzverkehrs durch Unterzeichnung eines Abkommens über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der deutsch-französischen Grenze zum Abschluss zu bringen. Auch über die Frage des kleiner Grenzverkehrs im engeren Sinne sei eine Einigung erzielt. Die formelle Unterzeichnung dieses zweiten Abkommens stände im Monat Oktober bevor.

*

*

Ein weiterer Schritt zur Lösung der Saarlohefrage.

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ von amtlicher Stelle erklärt, hat die deutsche Regierung mit den an dem westdeutschen Stahlabkommen beteiligten deutschen Vertretern eine Reihe von Verhandlungen getrieben, die als Voraussetzung für die Zustimmung der Regierung zu dem im Prinzip als privat angelegenen — Verträgen zu gelten haben. Von größter Wichtigkeit ist die Abmachung, daß der Eisenpakt gelündigt werden muß, wenn ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommt. Die Vertragspartner sind naturgemäß von den deutschen Vertretern über die Bindung an den

gemeinse unterrichtet worden. Bei den Rückschlüssen über die Gehaltsverhältnisse stahs nach Deutschland und die Festlegung des Kontingents für das Saargebiet ist unter Zustimmung der deutschen Regierung vorausgesetzt worden, daß der aus dem Saargebiet eingeführte Stahs den deutschen Zoll nicht zu tragen braucht. Hierbei ist die endgültige Regelung der Zollfrage den Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung vorbehalten worden. Es ist daher noch unbestimmt, ob der Zoll jährlich festgelegt, ob Kontingente festgelegt oder aber ob die Zölle vorläufig weiter getribnet werden mit der Maßgabe, daß eine spätere Zahlung erlassen wird. Das größte Hindernis, das bisher einer befriedigenden Regelung der Saarlozfrage im Wege liegt — der Widerspruch der lothringischen Industrie gegen eine Vorkursbehandlung der Saareisenindustrie nach Deutschland — ist auf jeden Fall durch den Eisenpakt beseitigt. Bekanntlich hatte Lothringen die Anknüpfung des preussischen Saarlozabkommens vom 11. Juli 1923, das für die Saareisenindustrie ein zollfreies Kontingent nach Deutschland von 732 000 Tonnen jährlich vorsah, durch die Verweigerung seiner Zustimmung verhindert, die an die für die Saarindustrie untragbare Bedingung geknüpft, daß die Saarindustrie für jede Tonne nach Deutschland ausgeführten Eisens eine bedeutende Vergütung an Lothringen zahlen sollte. Der Eisenpakt hat diese lothringische Forderung gegenstandslos gemacht, so daß ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der Saarlozfrage gemacht ist.

Die Entwicklung der Saarlozfrage im Zusammenhang mit der internationalen Eisen-

Gespannte Lage im Saarbergbau.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Die Bergarbeiter des Saargebietes stehen seit einiger Zeit wieder in einer Lohnbewegung, die sich in den letzten Wochen derart zugespitzt hat, daß an der Saar mit einem Bergarbeiterstreik zu rechnen ist, wenn die französische Bergverwaltung sich nicht bereit findet, die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhung in einer angemessenen Weise zu erfüllen. Auf Grund einer gemeinsamen Eingabe der in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, durch die die Bergwerksdirektion um Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Lohnerhöhung gebeten wurde, fand am 29. September eine Besprechung zwischen Vertretern der Generaldirektion und der Gewerkschaften statt, die zu keinem Erfolg für die Arbeiterschaft führten. Von den Vertretern der französischen Bergverwaltung wurde erklärt, daß sie zuerst eine Lohnerhöhung ablehnen müßten, weil die Löhne seit Mai d. J. monatlich gestiegen seien, und die Teuerung im letzten Monat nicht wesentlich zugenommen habe. Auch seien die Leistungen der Belegschaft zurückgegangen, und die Ertragnisse der Saargruben sehr niedrig. Die Vertreter der Gewerkschaften betonten demgegenüber u. a., daß sich die Lage der Bergleute in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert habe. Zur Begründung verweisen sie auf die Teuerungsziffern der Stadt Saarbrücken; jedoch ohne Erfolg. Daraufhin richteten sie an den Verwaltungsrat der Saargruben in Paris eine Eingabe, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

„Die Lebenshaltungskosten zeigen seit Einführung des Franken eine rapide Aufwärtsbewegung. Die Löhne sind in keiner Weise der sich immer mehr bemerkbar machenden Teuerung gefolgt. So betragen z. B. die Lebenshaltungskosten

im September 1925 . . . 477,5	im Mai 1926 . . . 541,4
im Januar 1926 . . . 491,4	im Juni 1926 . . . 573,7
im Februar 1926 . . . 405,8	im Juli 1926 . . . 616,2
im März 1926 . . . 504,3	im August 1926 . . . 647,1
im April 1926 . . . 518,5	im September 1926 . . . 659,5

Dieses ergibt eine Steigerung der Teuerung um 182 Punkte, in denen die Löhne in dieser Zeit nur um 7,85 Fr. gestiegen sind. Mitin Rieg die Teuerung um 38 Prozent in einer Zeit, in welcher die Löhne nur eine Erhöhung von 27,1 Prozent erfahren, so daß wir mit dem Lohn gegenüber der Teuerung noch um annähernd 11 Prozent zurück sind. Dieses Zurückbleiben der Löhne gegenüber der Teuerung macht sich

verhängung, behandelte ein Vortrag, den Sanftkus Dr. Wille in der letzten Vollversammlung der Saarbrücker Handelskammer machte. Er führte unter anderem folgendes aus:

Die Bedeutung des am 30. September zustandekommenden Eisenpaktes liegt für das Saargebiet darin, daß die zollfreie Einfuhr des Saareisens hiermit vertraglich festgelegt ist. Die einzige Frage, deren Regelung jetzt noch aussteht, besteht darin, ob man sich jetzt mit einem zweiten Saarlozabkommen abfinden sollte, oder ob es nicht zweckmäßig sei, nimmhe auf eine endgültige und umfassende Sonderregelung der Saarlozfrage hinzuwirken. Freie diese letztere Lösung spreche u. a. der Umstand, daß das Saargebiet gemeinsam mit der deutschen Industrie das größte Interesse an einer baldigen Regelung auf der Einfuhrfragen, insbesondere soweit die Befestigung mit Maschinen usw. in Frage komme, habe. Inwieweit eine solche Regelung mit den bestehenden endgültigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Einklang zu bringen sei, ließe sich dahin. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, daß aller Voraussicht nach der endgültige Vertrag noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Der für den 1. September in Aussicht gestellte Gehehntwurf über den neuen französischen Zolltarif sei annehmend von seiner Fertigstellung weit entfernt. Für die Saarwirtschaft sei jede neue Verzögerung höchst unerwünscht. Aus alledem ergebe sich die Forderung, die Saarlozfrage getrennt zu behandeln, um sie endlich aus der Welt zu schaffen.

bereits in der Leistung der Saarbergleute bemerkbar. Es darf nicht vergessen werden, daß die heutigen Löhne, gemessen an dem Geldwert, noch hinter den Friedenslöhnen zurück sind, in denen die heutigen Kaufkraftpreise die Preise von 1913 für das hiesige Gebiet schon überholt haben. Unter diesen Umständen ist ein Zurückgehen der Leistung verständlich; denn die kann nur hochgehalten werden, wenn die Bergarbeiter imstande sind, die notwendigen Lebensbedürfnisse zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft zu kaufen.

Wir empfehlen deshalb den Verwaltungsrat der Saargruben, auf die hiesige Generaldirektion einzurwirken, damit die Löhne entsprechend der Teuerung erhöht werden.“

Es wird in der Eingabe des weiteren darauf verwiesen, daß bei Verhandlungen, die Ende 1924 und Anfang 1925 zwischen dem Minister de Monzie und den Gewerkschaften stattfanden, der Minister zugestimmt habe, daß die Teuerungsziffern als Grundlage für die Lohngestaltung auf den Saargruben dienen sollten, was allenthalben, und besonders von der Bergarbeiterschaft, so aufgefaßt worden sei, daß sich die Löhne durch diese Zusage der Teuerung losungen automatisch anpassen würden. Die Arbeiterschaft faßt daher die jegliche Weigerung der Bergverwaltung, diese Anpassung der Löhne vorzunehmen, als einen Widerspruch auf, der um so vertrieblicher wirkt, weil die Bedürfnisse der Arbeiterfamilien im Herbst infolge der notwendigen Beschaffung des sogenannten Winterbedarfs erheblich größer als in den vorhergehenden Monaten sind und sie auch glauben, Grund zu der Annahme zu haben, daß die besonders auf in Frankreich so stark beliebte Bereitwilligkeit zu einer lokalen Verständigung mit Deutschland dazu führen würde, daß man auch den Saarbergleuten gegenüber in der Lohnfrage etwas entgegenkommender sein werde. Die Bergarbeiter sehen sich also in doppelter Hinsicht enttäuscht, ganz abgesehen davon, daß auch die politische Einstellung Frankreichs nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und nach den sich daran anschließenden Besprechungen in Lothringen und Paris, insbesondere aber Poincarés letzte Reden Veranlassung zu der Annahme gegeben haben, daß den meisten führenden und vor allem den ausschlaggebenden Politikern Frankreichs der Wille zu einer wirklich ehrlichen Verständigung mit Deutschland sehr und sie nur, oder zum mindesten in der Hauptsache nur, durch die finanzielle Notlage Frankreichs zu der vertraglichen außenpolitischen Tonart in ihren Auslassungen gekommen seien und selbst dann, wenn Brand auch ernsthaft befreit sei, seinen Worten entsprechende Taten folgen zu lassen, er die hienemlich von Poincaré zusammengestragenen Hindernisse in absehbarer Zeit kaum zu beseitigen in der Lage sein werde.

Wen eine schnelle, für Deutschland und das Saargebiet günstige Vereinigung der deutsch-französischen Verhältnisse und an ein baldiges gutes nachbarliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich — das man hier an der Saar in erster Linie in der Arbeiterschaft sehr begrüßen würde — kann man trotz des besten Willens hierzu leider noch nicht recht glauben. Die Arbeiterschaft der Saargruben, die von den französischen Beamten und der französischen Regierung planmäßig belogen und betrogen und unterdrückt worden ist, kann nicht so leicht an eine laßliche und grundtätige Wendung zum Besseren glauben. Bevor sie ihre Ansicht ändern kann, muß sie Taten sehen, und zwar solche, die die Gewähr für eine wirkliche dauernde innere Umfaltung bieten. Man ist hier in allen Kreisen — auch in den äußerst links stehenden — sehr mißtraulich geworden gegenüber allem, was von Frankreich kommt. „Das gebrannte Kind scheut das Feuer,“ sagt ein altes Sprichwort, das man hier an der Saar in bezug auf Frankreichs Haltung immer wieder sagen hören kann.

Hinzu kommt, daß allenthalben — also nicht nur in Bergarbeiterkreisen — befürchtet wird, daß die französische Regierung bei ihren augenblicklichen Bestrebungen, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, wobei sie nicht zuletzt auch an Sparmaßnahmen und Abbaubau denkt, geneigt sei, aus den Saargruben besonders viel herauszuholen und sich daher stärkstens kräuben werde, auch Lohnforderungen, die unbedingt gerechtfertigt sind und die auch an sich wirtschaftlich tragbar wären, aus allgemeinen finanzpolitischen Ermüdungen und Bestrebungen heraus abzuhaken, also, daß die Saarbergleute wieder einmal unter den großen Stabilisierungsversuchen mehr als andere Kräfte leiden sollen. Daß solche Sorgen begründet sind, ist nicht zu bezweifeln. Niemand wird aber erwarten können, daß die Saarbergleute sich ohne Widerstand eine besondere Ausbeutung zugunsten der Sanierung des französischen Franken gefallen lassen. Das können sie einfach nicht. Dafür ist ihre Not viel zu groß. Sie müssen daher mit allen ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln versuchen, nicht nur die drohende weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage zu verhindern, sondern auch bestrebt sein, die verläumtete Angelegenheit der Löhne an die Teuerungsziffern nachzuholen. Wahrscheinlich wird es daher zu einer erneuten Kraftprobe zwischen der französischen Bergverwaltung und den Saarbergleuten kommen. Daß die Bergleute dabei auf die Sympathien der übrigen Bevölkerung rechnen können, ist keine Frage. Einmal deswegen nicht, weil ihre Notlage allgemein bekannt ist, und zum anderen, weil fast die gesamte Bevölkerung, besonders der hand- und gewerbetreibende Teil, durch die zu niedrige Entlohnung der Bergarbeiter leidet. Hier an der Saar hängt das wirtschaftliche Wohl weitekreise Kreise eben von der

Kaufkraft der über 73 000 Bergleute ab, die mit ihren Angehörigen fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Saargebietes ausmachen.

Aber Sympathien, so wertvoll sie auch in einem Wirtschaftskampfe für die Arbeiterschaft sind, entscheiden nicht in erster Linie über Erfolg oder Niederlage. Daher werden die Bergleute sich bei ihren Entschlüssen hieron auch nicht entscheidend beeinflussen lassen, sondern die sonstigen Umstände, die für die erfolgreiche Durchführung eines Streits in Frage kommen, sorgfältig prüfen. Dabei kommt ihnen sehr zufluten, daß sie 1923 den 100tägigen Streik erfolgreich beenden konnten. Ihr Mut und Kraftgefühl ist dadurch erheblich gestiegen, namentlich bei den langjährig gewerkschaftlich organisierten. Hinzu kommt, daß der Stand der Gewerkschaftsbewegung an der Saar, was Mitgliederzahlen und Kassenverhältnisse betrifft, recht gut ist. Ganz besonders günstig für einen Wirtschaftskampf im Bergbau ist aber die augenblickliche Lage des Kohlenmarktes. Infolge des langandauernden englischen Bergarbeiterstreits sind auch die größten Kohlenlager Europas so gut wie restlos verschwunden. Dabei stehen wir vor dem Winter mit seinem großen Bedarf für den Hausbrand. Wer in den letzten Wochen die Presse, besonders auch die französische, verfolgt hat, kann, daß darin eine recht große Besorgnis über die Möglichkeit der Deckung des Kohlenbedarfs für die kommenden Monate zum Ausdruck kam. Ganz abgesehen davon, daß ein längerer Streik der Saarbergleute für die französischen Finanzen und damit auch für die Währungsstabilisierung in Frankreich recht unangenehme Folgen haben wird, werden auch die an einer ausreichenden Kohlenversorgung interessierten Wirtschaftskreise Frankreichs es der französischen Regierung im Augenblick sehr lieb nehmen, wenn sie es an der Saar zu einem Streik kommen ließ, zumal man denn auch in diesen Kreisen unangenehme Rückwirkungen auf die französische Bergarbeiterschaft fürchtet. Nach alledem darf man daher wohl annehmen, daß die bisherige ablehnende Haltung der französischen Bergwerksdirektion nicht endgültig ist und sie, sofern sie nicht mit Blindheit geschlagen ist, einsehen wird, daß die Kräfteverteilung zurzeit für sie bei einem Kampfe nicht günstig wäre. Wenn sie die sich hieraus ergebenden Schlässe richtig zieht, dann muß sie den Bergarbeitern entgegenkommen, und zwar ausreichen. Den Bergleuten ist es zweifellos angenehmer, wenn sie ohne Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels die verlangte Lohn- und Preissteigerung erreichen. Sie sind jedoch sehr entschlossen, um jeden Preis eine Verbesserung der Löhne, und der gestiegenen Teuerung einigermaßen entspricht — das sind mindestens 10—15 Prozent — durchzubringen. Da sie von der Berechtigung ihrer Forderung voll überzeugt sind und wissen, daß sie berichtigt werden kann, ohne größere Schwierigkeiten für die französischen Finanzen mit sich zu bringen, und ihre günstige Position kennen, werden sie sich nicht mit einigen Prozenten abspäßen lassen wollen, sondern mit aller Kraft versuchen, ihr Ziel zu erreichen.

Reichsbeihilfen für „Saargänger“-Versicherte.

Ueber Reichsbeihilfen für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebietes hat der Reichsarbeitsminister folgende Bekanntmachung erlassen:

I. Das Reich gemäht widerruflich Berechtigten, die Leistungen der Sozialversicherung aus dem Saargebiet beziehen und nicht nur vorübergehend außerhalb des Saargebietes im Deutschen Reich wohnen, auf Antrag eine Beihilfe nach Maßgabe der Ziffern II bis VI.

II. Wer von einem Träger der Krankenversicherung des Saargebietes Leistungen der Wohnhilfe oder Familienwohnhilfe bezieht, erhält eine Beihilfe von 40 RM. für jeden Entbindungsfall.

III. Wer von einem Träger der Unfallversicherung des Saargebietes eine Verletztenrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente oder eine Hinterbliebenenrente bezieht, erhält eine Beihilfe.

Sie beträgt monatlich

- 12 RM. zu einer Vollrente oder einer Hilfsrente,
- 10 RM. „ „ Verletztenrente von wenigstens zwei Dritteln der Vollrente,
- 8 RM. „ „ Verletztenrente von wenigstens der Hälfte der Vollrente,

6 RM. zu einer Verletztenrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente,

5 RM. „ „ Hinterbliebenenrente.

Bezieht der Berechtigte mehrere Verletztenrenten aus der Unfallversicherung des Saargebietes, so werden die Hundertsätze zusammengerechnet.

IV. Wer eine Rente der Invalidenversicherung von der Landesversicherungsanstalt Saargebiet oder einer Sonderanstalt des Saargebietes bezieht, erhält

1. den Reichszuschuß in der im § 1285 der Reichsversicherungsordnung bestimmten Höhe,
2. eine monatliche Beihilfe von
 - 6 RM. zu einer Invaliden-, Kranken- oder Altersrente,
 - 4 RM. zu einer Witwenrente, Witwenrentenrente oder Hinterbliebenenrente,
 - 3 RM. zu einer Waisenrente.

V. Wer von einem Träger der Unappetitlichen Versicherung des Saargebietes eine nachlassfähige Pension oder Hinterbliebenenbezüge empfängt, erhält eine monatliche Beihilfe von

- 6 RM. zur Invaliden- oder Alterspension,
- 4 RM. zu den Bezügen einer Witwe,
- 3 RM. zu den Bezügen einer Waise.

VI. Treffen die Voraussetzungen für mehrere Beihilfen nach den Ziffern III bis V für denselben Empfänger zusammen, so wird die Beihilfe nur einmal, und zwar zum höchsten Betrage gewährt. Der Reichszuschuß nach Ziffer IV Nr. 1 bleibt unberührt.

VII. Die Beihilfe zur Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe zählt die Allgemeine Ortsrentenkasse des Wohnorts des Berechtigten. Anträge sind dorthin zu richten. Beisteh für den Wohnort keine Allgemeine Ortsrentenkasse, so ist die Landrentenkasse zuständig.

VIII. Die Anträge auf Leistungen der Unfall-, Invaliden- und Invaliden-Versicherung zählt die für den Wohnort des Berechtigten zuständige Landesversicherungsanstalt. Anträge sind an die Landesversicherungsanstalt zu richten.

IX. Dem Antrage sind amtliche Unterlagen beizufügen, aus denen sich die Voraussetzungen für die Beihilfe ergeben. z. B. Bescheide des Versicherungssträgers des Saargebiets, Postabschnitte.

X. Die Anträge auf Erstattung der gezahlten Beihilfen sind dem Reichsversicherungsamt einzureichen, und zwar von den Allgemeinen Ortsrentenkassen oder Landrentenkassen durch das

Bereichsamt, von den Landesversicherungsanstalten und mittelbar.

Auf Antrag können den Versicherungsträgern (Ziffer VII, VIII) Vorstöße in angemessenem Umfang gemacht werden.

Das Reichsversicherungsamt bestimmt das Nähere.

XI. Die Fürsorge für Rentenempfänger der Angestelltenversicherung wird durch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besonders geregelt.

XII. Die Beihilfen nach Ziffer II bis V werden vom 1. August 1926 ab gewährt. Berechtigte, die ihren Wohnsitz nach diesem Zeitpunkt aus dem Saargebiet nach dem übrigen Reichsgebiet verlegen, erhalten die Beihilfe von dem auf dem Verzugsmonat folgenden Monatsersten.

Die Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 1926 an die Stelle der Bekanntmachungen über Gewährung des Reichszuschusses zu Renten aus der saarländischen Invalidenversicherung vom 28. Mai 1926 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 126 vom 28. Mai 1926; Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 126 vom 3. Juni 1926) und über Wochenhilfe für saarländische Berufshilfe außerhalb des Saargebiets vom 15. Juni 1926 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 139 vom 18. Juni 1926).

Nationale Unzuverlässigkeit!

Soll sie noch belohnt werden!

Aus Saarlouis erhalten wir folgende Zuschrift:

Es passieren gar merkwürdige Dinge im Saargebiet. Auf der einen Seite läßt Herr Moritz Naturalisationsanträge in den Papierorden wandern, auf der anderen Seite haben die Proteges dieses Herrn heute den frechen Mut, den Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen, nachdem ihnen das Wesen eines fränsigen deutschen Windes zum Bewußtsein gekommen ist. Eines dieser Konjunkturmonstra ist der städtische Spartaßekretter von Saarlouis, Monsieur Siebert (sprich Süber). Geboren in Großbittersdorf, entdeckte er, der ehemalige Rendant der Kreispartafse von Jülich, daß im Saargebiet die Konjunktur günstig sei. Flugs eilte er nach dem Saargebiet, nachdem er vorher schnell den Antrag auf Verleihung der französischen Staatsangehörigkeit gestellt hatte, und wurde hier merkwürdigerweise in Saarlouis zum Direktor der städtischen Spartaße gewählt.

Wer ist nun dieser Siebert? Um es vorweg zu rechnen: Er will zur Abwechslung mal wieder Deutscher werden, und hat zu diesem Zweck nunmehr den Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt. Ein prachtvolles Exemplar.

Den 14. Juli, also den „quatorze juillet“, wie er sich so gerne auszudrücken pflegte, feierte er zweimal durch demonstratives Schwänzen seiner Bürostunden. Entweder blieb er zu Hause oder er wanderte nach seiner geliebten „mère patrie“.

Im Jahre 1923 erging er sich beim Kubreintrich der Franzosen und bei der gleichzeitig einsethenden Separatistenheerfahrt in den scharfsten Ausdrücken gegen die deutsche Regierung. Wenn ihn irgend jemand der Besatzungsgruppen etwas gegen Deutsche erlaube, erklärte er: „Es geht sich ihnen ganz recht, sie können sich ja hängen.“ Während des Berg- und Hüttenarbeiterstreikes äußerte er gelegentlich, daß die deutsche Regierung unverschämt ist, während die französische Regierung niemals sich derartige Dinge erlaube, wie es die deutsche ja tun pflege. Seinem getreuen Illus gab er antäplich des großen Streikes einen Revolver und erklärte ihm: Wenn die Kerle dich am Arbeiten hindern wollen, dann schies' einfach drauf los. Jeden Dienstag in der Woche gastierte er bei der saarländischen Arbeitsobervereinigung und war öfters Gast des ehemaligen Präsidenten Kauff. Wenn jemand sich erlaube, ihn auf seine Haltung aufmerksam zu machen, so drohte er mit seinen guten Verbindungen, weiterhin Korrespondenz er auch des öfteren mit französischen Ministern.

Gelegentlich einer beantragten Konsensrevision äußerte er, daß er keinen deutschen Revolver von deutschen Groozoobern brauche, da „wir ja mit Deutschland nichts mehr zu tun haben“. Anlässlich der Zepelin-Estener-Spende äußerte er beim Verkauf der Kueichen: „Die sollen ihren Kram drüben selber verkaufen, wir üben ja damit nichts zu tun.“ Den „Saar-Kourier“ hielt er

natürlich auch und zwar auf Kosten der Allgemeinheit: die Spartaße mußte das Abonnement zahlen. Häufig arbeitete er auch nicht zum Vorteil der Kasse, indem er die Anlegung von Kartefeldern abrichtete, während alle sonstigen Dessen gehandelt wurden. Seinen Illus hatte er bereits zum französischen Marineingenieur gelpostet, als ihn das flasato Frankreich im Saargebiet dazu machte, daß keine Dummheiten nach dieser Richtung zu begehen. Und so durfte denn der Sohn nicht zur größten Ehre der metre patrie französischer Ingenieur werden. Augenblicklich bemüht sich der treffliche Vater, den Sohn in Oldenburg in einer deutschen Anstalt unterzubringen. Zu diesem Zweck stellte der wandlungsfähige „Direktor“ noch beim preußischen Ministerium des Innern den Antrag, seinem Sohne ein Stipendium zum Studium an einer deutschen Anstalt zu gewähren. Höher geht's doch wahrlich nimmer. Daß er einen sehr netten Vorker mit dem französischen Generaldirektor der Dillinger Hütte hatte, darf als selbstverständlich betrachtet werden. Denn, wo Geld ist, da war und ist Monsieur Siebert auch. Als die Stadt Paris seinerzeit die Saarländer zu einer lösenfreien Fahrt nach Paris einlud, war natürlich Monsieur an der Spitze. Im Bergmannsheim zu Endorf fanden des öfteren Zusammenkünfte mit Franzosen statt. Ob er sich dabei um die Nachfolgerchaft Sectors bemühte, ist infolge leicht begreiflicher Discretion seitens der Franzosen nicht bekannt geworden. Immerhin hielt er sich auch für die beiden Posten geeignet. Warum auch nicht?

Beim französischen Ministerium machte er wiederholte Eingaben, damit beim Uebergang des Saargebiets auch die im Saarlouis wohnenden Franzosen ihrer Pension nicht verlustig gehen sollten. Man sieht: der kluge Mann haut vor.

In der Vereinigung der französischen gesunden Elßg-Lothringer — wir jagen dies zum Unterschied von den deutsch gesunden Elßg-Lothringern — spielte er die erste Geige neben dem berühmten gewordenen Hofmeister von Saarlouis: Monsieur Kast. Im Vereinsjahre zu Saarlouis, wo die Gesellschaft infolge Antenniznis der Tendenz der Vereinigung die erste Versammlung abhalten konnte, fielen heftige Worte gegen Deutschland. Zum Schluß wurde begeistert die Mar-seillaise gesungen. Das Vereinshaus wurde infolge dieses Vorkommnisses für die Vereinigung gesperrt.

Soll man es für möglich halten, daß ein solches Prachtexemplar zunächst einmal Direktor der Saarlouiser städtischen Spartaße ist, soll man weiter es für glaubhaft halten, daß ein solcher Mensch noch den Mut besitzt, den Antrag auf Wiedererleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen? Fürwahr, es geht nicht über Unverschämtheit. Wenn die deutsche Regierung diesem Antrag stattgeben sollte, dann richtet sie in Saarlouis und Umgebung großen Schaden an.

Caveat Consulens ne quid detriment capiat res germanica.

Konzertreise der vereinigten Sänger des Eisenbahnvereins Berlin nach dem Saargebiet.

Die vereinigten Sänger des Eisenbahnvereins Berlin veranstalteten vom 3. Oktober bis 10. Oktober 1926 eine Konzertreise nach Offenbach, Saarbrücken, Dillingen und Homburg. Der Chor steht unter der Leitung des tüchtigen Chormeisters Paul Hoffmann und zählt 150 Mann. Die geschäftliche Leitung hatte der aus dem Saargebiet ausgewiesene Abgeordnete Karl Ommert als 1. Vorsitzender der Sängervereinigung übernommen. Am 3. Oktober traf der Chor in Offenbach a. Main ein, um abends im Saalbau dortselbst zu konzertieren. Leider war dieses Konzert infolge schlechter Vorbereitung in Offenbach nicht gut besucht. Dafür sollten aber anschließend Konzerte folgen, die alle überfüllt und mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Am 4. Oktober traf der Chor in Saarbrücken ein, aufs wärmste begrüßt von dem Sängerkorps des Eisenbahnvereins Saarbrücken und dem Saarfängerbund sowie nach tausend zählenden Saarbrücker Bürgern, darunter sehr vielen Eisenbahnern. Es wurde bekannt, daß von Seiten der Eisenbahn-

brücken verschönern helfen wollten. Im Festsaal des Rathauses fand ein feierlicher Empfang durch die Stadtverwaltung statt. 1. Beigeordneter Dr. Bauer, der in Vertretung des damals in Berlin weilenden Oberbürgermeisters den Gästen den Willkommensgruß der Stadt Saarbrücken entbot, gab seiner Freude über den Besuch der Sänger aus der Reichshauptstadt Ausdruck und erklärte, mit Stolz sagen zu können, daß das Problem der Abstimmung, die nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet stattfinden soll, in dem letzten Jahre vollkommen gelöst worden sei. Die Volksabstimmung sei mit einem bestartigen Ergebnis bereits bei der gewaltigen letztjährigen Jahrtausendfeier des Saargebietes vorgenommen worden, daß in der ganzen Welt kein Zweifel darüber mehr bestehen könne, daß das Saargebiet bis zum letzten ein unumschränkter Teil des Deutschen Reiches sei. Rektor Stein als Vertreter des Saarfängerbundes überbrachte dessen Willkommensgruß und versicherte, daß in diesem historischen



March der vereinigten Sänger des Eij. Vereins Berlin durch Homburg.

direktion Saarbrücken den Beamten der Eisenbahnerwerkstättenbetriebe verboten war, an dem Empfang teilzunehmen, ein Verbot, das in demselben Augenblick wieder aufgehoben wurde, als es zu spät war, an der Feier teilzunehmen. Was damit bezweckt werden sollte, konnte von den Berliner Sängern nicht begriffen werden. Befremdend war der Empfang in Saarbrücken so herzlich und die Beteiligung daran so zahlreich, daß die Reichsstraße, Kaiserstraße, Vulkanstraße, Viktoriastraße sowie der große Platz vor der „Saarbrücker Landeszeitung“ dicht mit Menschen besetzt war. Die Straßen, durch die die Sänger nach dem Rathaus zogen, waren reich besetzt.

Der Vorsitzende der Saarbrücker Eisenbahner, Oberingenieur Decker, begrüßte die Berliner Gäste auf das herzlichste, worauf der Vorsitzende der Berliner Sänger, Herr Ommert, in ebenso herzlicher Weise für die Begrüßung dankte. Der Grundton seiner Ausführungen war: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“, mit welchen er die Anwesenden aufforderte, weiter zu arbeiten für die Befreiung des Saargebietes. Seine temperamentvollen Worte, die in ein jubelnd aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland und das saarländische Heimatland ausklangen, wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Zug setzte sich hierauf nach dem Rathaus in Bewegung, voran eine schöne weibliche Musikkapelle. Schon auf diesem Wege zeigte sich, mit welcher Liebe die Saarbrücker Bewohner den Berliner Gästen die Tage in Saar-

Saal der Auslösung deutschen Gebietes noch nie aufgehört haben schlagen. Treu und gut deutsch immerdar bleibt Volk und Land an der Saar. Am Abend fand ein Festkommers im Katholischen Vereinslokal statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Freundschaftsbände, die voriges Jahr gelegentlich des Besuchs der Saarbrücker Sänger in Berlin angeknüpft wurden, erweitert und geschnitten. Hier sprach Warrer Reichard, Saarbrücken in einer klüftigen Rede über das Saargebiet und dessen historische Vergangenheit. Der Eindruck dieser Rede auf die Berliner Sänger war derart, daß den meisten, gerührt über die Standhaftigkeit des Volks, aber auch dadurch, daß dies Volk so viel Leid ausstehen mußte, die Tränen in die Augen traten. Herr Ommert unterstrich die Ausführungen Reichards und forderte auf, die Embrüde, die man hier und in den folgenden Tagen im Saargebiet sammeln werde, mit nach Berlin zu nehmen und mitzuteilen, damit in immer weitere Kreise auch der Reichshauptstadt bekannt werde, welche treudeutschen Volk dort unten an der Saar wohnt. Nach diesem vaterländischen Gottesdienst wurden die Sänger

unter Führung des Eisenbahningenieurs Karl Schön, über den Spidkerberg nach dem Winterberg geführt, wo ihnen die historischen Stätten dieses Höhepunktes erklärt wurden.

Abends um 6.30 Uhr fuhren die Sänger nach Dillingen, wo sie durch den Saarfängerbund, Gau Dillingen, erwartet wurden. Die Feuerwehr, die Turner- und Radfahrer-Bereine sowie die übrige Bevölkerung der Gemeinde hatten sich eingefunden, die Feuerwehr mit Fackeln, die übrigen mit Lampen. Die Begrüßung am Bahnhof durch Bürgermeister Kiefer, als Vorsitzenden des Gaus Dillingen, und die Ermüdung des Berliner Führers, Ommert, waren ebenfalls Beweise treuer Gesangsbrüderschaft. Der Einzug in Dillingen war ein wirklicher Triumph. Die Häuserfronten waren reichlich besetzt, Feuerwerk wurde abgebrannt, die Fenster waren illuminiert und ganz Dillingen gab den Berliner Gästen das Geleit. Immer wieder jubelnde Zurufe, Begrüßungsrufe aus den Häusern der Einwohnerschaft. Das Konzertlokal wurde schon von einem Bruchteil der Mitgelkommenen überfüllt, so daß draußen vor dem Lokal noch 2-3000 Menschen auf Eingang hofften. Durch offene Türen und Fenster wurde auch diesen die Möglichkeit gegeben, dem Konzert zuzuhören. Bürgermeister Kiefer begrüßte in liebenswürdiger Form die Berliner, indem er dem Führer derselben ein

Schon am Bahnhof waren die auswärtigen Gäste von Hamburger Jungfrauen mit Blumen geschmückt worden. Ein alter 85jähriger Eisenbahner überreichte Herrn Ommert in bewogenen Worten eine Torte. Nun ging es hinaus nach dem etwa 20 Minuten entfernt gelegenen Landeskrankenhaus, um den Inassen durch ein Konzert eine Abwechslung zu bieten, was von den Inassen dankbaren Herzens aufgenommen wurde. Der Chef des Landeskrankenhauses sprach außerdem den Berliner Sängern herzliche Dankesworte. Inzwischen waren von der Brauerei Karlsberg 1000 Biermailen à 1 Liter an die Sänger verteilt und beim Eintreffen im Konzertlokal war für jeden Sänger ein großes belegtes Brot von der Sängervereinigung Homburg zur Verfügung gestellt. So gesättigt, konnte abends die Sängerschaft sich der Abwicklung ihres Programms hingeben, das in muster-gültiger Weise seine Erledigung fand. Auch hier wurde wieder dem Dirigenten ein großes Blumengebilde überreicht.

Schwer war es, von Homburg wegzukommen, da die dortige Bevölkerung bereits die Sänger mit Beschlag belegt hatte und diese durchaus in Homburg behalten wollte. In Anbetracht der großen Aufgabe des kommenden Tages konnte dieses leider nicht



Marfch der vereinigten Sänger des Eif. Vereins Berlin nach dem Landeskrankenhaus in Homburg.

schönes Blumen-Arrangement mit Schleife überreichte, das dieser sofort seinem tüchtigen Chorleiter, Paul Hoffmann, weitergab. In schnell waren die Stunden vorüber mit Gesang- und Musik-sitzungen und schwer wurde der Abschied. Auch hier sollte sich zeigen, was Dillinger Gastfreundschaft heißt. Die Dillinger Sangesbrüder brachten den Chor wieder zur Bahn und ließen ihn solange Abschiedslieder, bis sich der Zug in Bewegung setzte.

Am nächsten Tage war Konzert in Homburg (Festl.). Was in Dillingen an Feuerwerk, Illumination und Fackeln geschah, sollte in Homburg durch Blumen ersetzt werden. Schon der Empfang am Bahnhof durch eine frühere bayerische Militärkapelle, an der Spitze der Kapellmeister Schmeizer, war erheben-d. Darauf die Begrüßung durch den Adjunkt Homburgs und 1. Vorsitzenden des dortigen Saarfängerbundes, Vatermeister Speich, sowie des Vorsitzenden des dortigen Sängervereins, Regierungs-rat Kiefer. Nachdem die Sangerpreise gegenseitig gewechselt waren, wurde der deutsche Sangerspruch „Grüß Gott mit hellem Klang“ gemeinsam unter der Leitung des Dirigenten Paul Hoffmann gesungen — ein mächtiges, eindrucksvolles Chor. Der Einmarsch in Homburg war ein Ereignis. Die ganzen Häuserfronten dicht mit weiß-blauen Fahnen geschmückt. Aus den Fenstern wurden die Sänger mit Blumen gerades überhäuft.

gegehen, denn es stand noch das Konzert in Saarbrücken in Aussicht. Auch dieses Konzert war ausgezeichnet besucht und die Sängerschaft entledigte sich ihrer Aufgabe nach sechstägiger Reise vortrefflich. Die Kritiken der Saarbrücker Zeitungen sprachen sich lobenswerter über die Leistungen des Chors und besonders über die Tüchtigkeit des Dirigenten aus. Am Schluß des Konzerts in Saarbrücken fanden Straßenbahnwagen zur Verfügung, um die Sänger nach dem Vereinshaus Kalkstein zu bringen, wo bei einem Tänzchen mit den Damen der Saarbrücker Sangesbrüder die letzten Abschiedsstunden verlebte wurden. Im 8 Uhr 30 Minuten am folgenden Freitag erfolgte die Abfahrt der Berliner Sänger vom Saarbrücker Hauptbahnhof. Der Abschied auf dem Bahnhof war äußerst herzlich. Viele Tausende riefen den scheidenden Berliner Sängern noch das letzte Lebewohl zu. So darf wohl gesagt werden, daß die Sangerfahrt ein glänzender Erfolg war. Handelt es sich doch um eine lebendige Propaganda zur Deutscherhaltung unseres Saargebiets. Hier haben unsere Brüder vom Norden mit eigenen Augen gesehen, was in Saarbrücken und im Saargebiet überhaupt los ist. So dürfen die Berliner Eisenbahnjanger mit großer Befriedigung auf die Erfolge zurückblicken, die sie im Saargebiet sowohl im künstlerischer wie auch nationopolitischer Beziehung erzielt haben.

Kleine Tageschronik.

Wer sabotiert den Anschlag des Saargebiets
an den internationalen Luftverkehr?

Das Saargebiet im Flugplan der Deutschen
Luftfliegerei.

Das Saargebiet gehörte bekanntlich schon vor dem Kriege zu jenen deutschen Gebieten, die der Entwicklung des Luftverkehrs, wieweil die Wege ebenen waren. Der Saarbrücker Verein für Luftfahrt war einer der eifrigsten in Rheinland-Westfalen, die mit ihren Ballonfahrten das Interesse für die deutsche Luftfahrt in weiteste Kreise der Bevölkerung brachten. Der Erfolg ihrer Betätigtigkeit zeigte sich, als nach dem Anschlag des Zeppelinunternehmens bei Eschringen das Saargebiet in kürzester Zeit namhafte Summen gesammelt hatte, um dem großen Plane: auf dem Gebiet des Baues fester Luftstütze die Fortführung seines Lebenswertes zu ermöglichen. Als dann das Flugzeug langsam sich zu einem Faktor der Luftfahrt entwickelte, da war es wieder das Saargebiet, von allen Saarbrüden und Saarländern, die durch Veranlassung von nationalen Schauläufen die Masse der Bevölkerung für das Flugwesen begeisterte. Es ist bekannt, wie im Jahre 1912 Helmut Hirth mit seiner Taube, Benno Kania mit seinem Luftverkehrs-doppeldecker und Bruno Rahnt auf seinem primitiven Grabeindecker unter Beteiligung von Zehntausenden Menschen auf den St. Arnular Wiesen ihre erfolgreiche Schauläufe veranstalteten. Nur ein Jahr später gab wiederum das Saargebiet der Bevölkerung im Südwesten Deutschlands Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, welche Entwicklung die deutsche Zivil- und Militärliegerei genommen hatte, als der Saarbrücker Verein für Luftfahrt es zu Wege brachte, Saarbrücken als zweite Tagesschleife für den Preis-Heimkehr-Flug 1913 festzusetzen. Die ausgezeichneten Organisationskräfte für die Anbahnung und Wirkungsbringung der auf dem Saargebietlichen Inverfügbarstellung betriebenen Flieger- und Flugzeuge bewies am besten, wie sehr sich die Bevölkerung des Saargebiets, ihre flugsportlichen Organisationen und die in Frage kommenden örtlichen Behörden für die Entwicklung des Flugwesens einsetzten.

Es konnte somit nur eine Frage der Zeit sein, daß Saarbrücken sich einen gerechtfertigten Flugplatz mit Flughafen erbaute. Der wiederholte Besuch von Zeppelinreisenden war nicht allein ein Erfolg der rührigen Tätigkeit des Saarbrücker Luftvereins, er war Ausdruck des Dankes dafür, daß die Bevölkerung an der Saar dem genialen Werk des Grafen Zeppelin nicht nur begeistert Interesse, sondern ebenso begeisterte tatkräftige Hilfe zugewendet hatte. Wenn es den Bemühungen des damaligen Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Herrn Mangold, und seiner weitblickenden Verwaltung und Gemeindevertretung auch nicht gelungen ist, eine Zeppelinhalle nach Saarbrücken zu bekommen, weil strategische Gründe dagegen sprachen, so ist das ebenfalls ein Beweis dafür, wie groß alle Zeit das Interesse und die Anteilnahme von Bevölkerung und Behörden des Saargebiets an der Entwicklung der deutschen Luftfahrt gewesen ist. Die schönste Anerkennung für diese tatkräftige Unterstützung aller Zweige der Luftfahrt war jedenfalls der Tag der Einweihung der Saarbrücker Flugzeughalle auf den St. Arnular Wiesen, aus welchem Anlaß damals insgesamt 24 deutsche Militärliegere aus allen Abteilungen von Straßburg, Metz, Griesheim, Freiburg usw. unter ihrem damaligen Kommandeur Major Siegert auf dem Luftwege in Saarbrücken erschienen. Solche Menschenmengen, wie an dem damaligen sonnigen JuniSonntag nach Saarbrücken geströmt waren, hatte die Metropole des Saargebiets wohl noch nie erlebt. Niemand ahnte damals, was aus diesem Spiel blutiger, bitterer Ernst wurde, niemand ahnte, daß damals von Frankreich und England die Wienen schon gelegt waren, die in Kürze zur Gründung des großen Weltkrieges zum Ausfliegen gebracht werden sollten.

Es kam der Weltkrieg und mit ihm entwickelte sich das Flugwesen in allen kriegsführenden Ländern zu jener fürchterlichen Waffe, die Tod und Verderben weit hinter die Fronten der kämpfenden Armeen brachte. Frankreich ist es bekanntlich geworden, das als erste kriegsfähige Macht das Flugzeug den Bedürfnissen, um aus ihm den Tod auf offene friedliche deutsche Städte zu schleudern. Gerade in dem besten erschienenen Saarkalender 1927 hat sein Herausgeber Albert Zühlke in mühseliger Arbeit all das Material zumalgetragen, das den Nachweis erbringt, wie gewissenlos und völkerrechtswidrig Frankreich die Luftwaffe gegen die so schwer heimge suchte Stadt Saarbrücken in Anwendung brachte.

Als der Ausbruch des Krieges sah das Saargebiet nur noch die feindlichen Militärlagere. Deutschen Fliegern war selbst das Überfliegen des deutschen Gebietes wärend des Rheins unterliegt. Erst mit dem Zustandekommen des Pariser Luftfahrtabkommens zwischen Deutschland und Frankreich ist das Verbot aufgehoben worden. Schon vorher hatte das Saargebiet, gemäß auf seinen Charakter als Vorkriegsland, sich bemüht, das Saargebiet an den internationalen Luftverkehr anzuschließen.

Man hatte mit einer Holländer Luftverkehrs-gesellschaft bereits Verhandlungen angeknüpft und mit einer Schweizer Luftverkehrs-gesellschaft Vorverhandlungen geführt, die darauf abzielten, das Saargebiet in das internationale Flugnetz einzugliedern.

Als die Hauptfragen für den deutschen Luftverkehr gelöst waren, sehen sofort alle Bestrebungen darauf ein, mit der deutschen Luftverkehrs-gesellschaft, Deutsche Luftfliegerei, M. G., zu einem Abflugh zu kommen. Mit Beteiligung städtischer und korporativer Mittel wurde eine Luftverkehrs-gesellschaft für das Saargebiet gegründet, die vor allem die Herrichtung und Verwallung des Flughafens auf den St. Arnular Wiesen zu übernehmen sollte. Alle Vorbereitungen waren getroffen, um den Flugverkehr zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland aufzunehmen. Der Erfolg blieb aber aus, weil die Regierungskommission des Saargebiets Schwierigkeiten machte, vor allem die Errichtung funktentelegraphischer Anlagen unterliegt.

Angeichts dieser von der Saarregierung ausgehenden Schwierigkeiten sah die Handelskammer Saarbrücken in ihrer letzten Sitzung die folgende Entschliessung:

„Die Handelskammer beauftragt feststellen zu müssen, daß ungeachtet des im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Abschlusses eines deutsch-französischen Luftfahrtabkommens das Saargebiet immer noch auf seine Einbeziehung in den Luftverkehr warten muß. Merkwürdige Zeit ist ungenutzt verstrichen! Die Zeitraff, mit der heute alle Kulturstaaten und vorwärtstrebenden Gese-meinschaften sich die allseitig erlangten verkehrspolitischen Vorteile des Luftverkehrs zu sichern bemüht sind, läßt die So-fahren erkennen, die jede weitere Verzögerung für das Saargebiet zur Folge haben müßte. Die Entwicklung geht über das Saargebiet trotz dessen wirtschaftlicher Bedeutung und für den Luftverkehr günstigen geographischen Lage hinweg und läßt sich neue Wege. Dieser Gefahr kann nur vorgebeugt werden, wenn seitens der Regierungskommission nunmehr die Initiative ergriffen und mit allem Nachdruck und mit aller Beschleunigung die Voraussetzungen für die Aufnahme des Luftverkehrs geschaffen werden. In Wahrung der von ihr zu vertretenden wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen hält sich die Handelskammer zu Saarbrücken verpflichtet, an die Regierungskommission erneut den dringenden Appell zu richten, sich dieser ihrer Aufgaben nach drüßlichst anzunehmen.“

Gleichzeitig spricht die Handelskammer die zurechtfindende Erwartung aus, daß die fortschreitende deutsch-französischen Bestätigung dazu beitragen möge, die Regierungskommission zu veranlassen, von ihrer bisherigen ablehnenden Haltung hinsichtlich der Genehmigung der Errichtung einer funktentelegraphischen Anlage abzugeben. Es ist nach einmütiger Auffassung der Kammer ein unhaltbarer Zustand, daß einem Kulturland, das zudem der Obhut des Völkerbundes untersteht, technische Errungenheiten von größter kultureller Bedeutung vorenthalten werden. Für die Sicherheit des Luftverkehrs ist überdies die Einrichtung einer entsprechenden funktentelegraphischen Send- und Empfangsanlage unerlässlich.“

Es scheint also, als ob dieser energische Einpruch Eindruck auf die Saarregierung gemacht hat. Es verlautet nämlich, daß sie beschlossen hat, nunmehr eine Delegation nach Berlin zu entsenden, um mit der Reichsregierung und den sonst in Frage kommenden Stellen über die Einbeziehung des Saargebiets in das deutsche Flugnetz zu verhandeln. Es handelt sich hierbei um eine rein formelle Abrede zwischen Saarregierung und Reichsregierung, da alle anderen Vorbedingungen für die Eröffnung des Flugverkehrs im Saargebiet, wie oben angeführt, bereits erfüllt sind. Nebenfalls hofft man im Saargebiet, daß nunmehr die Saarregierung ihre an Sabotage grenzende Haltung den Luftverkehrswünschen des Saargebiets gegenüber ändert und auf eine Beschleunigung der Verhandlungen mit der Reichsregierung drängt.

Von seiten der Deutschen Luftfliegerei sind alle Vorbereitungen für die Eröffnung eines regelmäßigen Flugverkehrs mit dem Saargebiet getroffen worden. Der sechsen erscheinende Winterflugplan 1926/27 weist bereits als Flugstrecke 51 die von Saarbrücken nach Saarbrücken auf. Die Linie soll täglich außer Sonntag besfliegen werden. Der Flugplan enthält jedoch die Bemerkung, daß der Eröffnungstermin der Strecke noch bekanntzugeben ist. Für die Flugstrecke Frankfurt a. M. - Saarbrücken ist im übrigen der folgende Verkehrsflugplan aufgestellt worden: Saarbrücken ab 9 Uhr vormittags, an Frankfurt a. M. 10 Uhr 30 Min., an Frankfurt a. M. 14 Uhr 15 Min., an Saarbrücken 15 Uhr 35 Min. Die Flugstrecke ist mit 175 Kilometern angegeben. Der Preis ist

Person beträgt 25 Reichsmark, 10 Kilogramm Gepüd sind beförderungs frei, für jedes überschüssende Kilo werden 35 Pf. berechnet. Mit der Eröffnung der Strecke erhält Saarbrüden direkten Anschluß mit Berlin, ab 9 Uhr 30 Min., über Hannover, ab 11 Uhr 30 Min. und Frankfurt an 14 Uhr. Mit diesem Flugzug wird auch der Anschluß von Hamburg über Hannover in Frankfurt erzielt, desgleichen der Anschluß von Bremen. Andererseits erhält das von Saarbrüden nach Frankfurt abgehende Flugzeug Anschluß nach Wien, Hannover, Berlin, nach Wismar, Karlsruhe, Basel, nach Bremen, Hamburg usw. und damit auch an die internationalen Fluglinien nach Sibirien, Norden und Osten.

*

Saarbrüden. Am 1. Oktober waren es 30 Jahre, daß die Saar-Genossenschaftsbank (frühere Gewissler Spar- und Darlehnskasse) ihren 30. Geburtstag feierte. In diesem Anlaß fand eine kleine Feier statt, die Vorstand, Aufsichtsrat und die Gründer assistierte. Ein schweres Unglück forderte bei Nancy den Tod eines lazaristischen Chausseurs. Der bei den räuberischen Betriebsweisen bedienstete Chausseur Kramerer fuhr in der Dunkelheit bei Nancy in einem Schnellzug, der das Auto vollständig zerstörte. Während der Chausseur auf der Stelle getötet wurde, wurde sein Begleiter, ein hiesiger Firmeneinhaber und Beführer des Autos schwer verletzt.

Nischbach. Der evangelischen Kirchengemeinde wurde von der Regierungskommission des Saargebietes die Summe von 15 000 Franken als Beihilfe zu dem Kirchenbau überwiesen.

Hols. Der Neubau der katholischen Kirche macht gute Fortschritte. Der Korbau mit Ausnahme des Turmes soll noch vor Winter fertiggestellt werden, sobald sollen die Arbeiten bis zum nächsten Frühjahr eingestellt werden.

Schiffmaler. Am Morgen des 12. Oktober wurde der Obersteiger K. in der Nähe der neuen Grubenanlage von mehreren Personen überfallen und beraubt. Der Ueberfall, der in der neuen Anstellung am Walderosenmoor wohnte, trug die Wölbender, etwa 43 000 Pf., in einer Ruppe bei sich. Der Ueberfall erfolgte kaum 100 Meter vor seiner Behausung und wurde von der Frau des Obersteigers zufällig beobachtet. Die Täter, die Masken trugen, schlugen mit einem schweren Gegenstand so lange auf den Obersteiger ein, bis er bewußlos zusammenbrach und entfiel ihm dann die Geldmappe. Die Räuber ergreifen eilfertig die Flucht, als die Frau um Hilfe rief. Die sofort angenommene Verfolgung verlief ohne Ergebnis, da die Räuber im nahen Walde flüchtig verschwunden waren.

Händelbalm. Eine schwere Bluttat ereignete sich nachts in unserem Jonk so stillen Drie. Der 56 Jahre alte former Karl Peger trat vor seine Haustüre, um einen wischen jungen Leuten ausgebrochenen Streit zu schlichten und zur Ruhe zu ermahnen. Sofort fielen die jungen Leute über den Mann her und stachen ihn nieder, so daß er sofort tot war. Als der Tat dringend verdächtig wurden zwei junge Leute, Herrmann und Wilhelm Pridinger, verhaftet und in das Gefängnis nach St. Ingbert gebracht.

Neuntischen. Im siddischen Saalbau wurde die von dem Radiobau Neuntischen-Wiebelskirchen veranlassete Zunftausstellung in Anwesenheit der siddischen Behörden Neuntischen und Wiebelskirchen eröffnet. Bürgermeister Dr. Blau gab hierbei seiner Freude Ausdruck über die wohlgeplante und reichhaltige Ausstellung. Im Saargebiet einen Sender zu erbauen, habe seine Bedenken wegen der Höhe der Kosten; übrigens fänden ja die Anlagen der Umgegend zur Verfügung. Mit Worten der Anerkennung für die reiche Besichtigung der Ausstellung und die geleistete Arbeit erklärte der Bürgermeister die Ausstellung für eröffnet.

Fraulanters. Der Wöhbinder Max Salomon hat hier wurde am 4. Oktober von dem Landwirt Nikolaus Becker aus Pörsch nach kurzem Wortwechsel in seiner Wohnung erschossen. Der Täter wurde festgenommen. Der Wortwechsel ergab sich aus Differenzen wegen eines getragenen Viehhofens.

Neiwesler. Täglich verunglückt ein Arbeiterhändler aus Saarlouis 2., als er von der hiesigen Hiltgenlehen Grube Altstein abfährt, wobei die Bremse des Wagens verlegt.

Personalnachrichten.

Frau Bergat Jordans f.

Kurz vor der Vollendung ihres 74. Lebensjahres ist in Saarbrüden Frau Bergat Jordans nach kurzen schwereren Leiden verstorben. Der Tod dieser, die in dem Gebiet der Nachbarn und des Vaterlandischen hochbedienten Frau hat weit über die Grenzen ihrer eigenen Heimat Trauer und Schmerz ausgeföhrt. Sie war mit dem Geschick ihrer Vaterstadt aufs engste vermachend und empfand die politische Entwicklung der letzten 10 Jahre persönlich mit zunehmendem Schmerz. Durchdrungen von wahrhaftem Bürgergeist, hat sie bis in die letzten Lebensstunden hinein an allem Anteil genommen, was Heimat

und Stadt bewegte, wie sie auch bis zuletzt als edle Patriotin sich in die Reihen derer stellte, die nicht in Worten nur und Liebern, sondern durch Tat und Tod der Nation zu neuem Aufstieg verhelfen wollten. Von allem Saarbrüder Schicksal, zeigte sie sich dem Fernstehenden oft scheinbar rauh; in Wahrheit aber durchglühte diese offene, gerade und ehrliche Natur eine warmempfindende Frauenseele, flammte in ihr das Gold seltener Herzengüte. Wie hat ihr hoher Gerechtigkeitssinn und ihr stark ausgeprägter Wahrheitstrieb die Wirlerin und Kämpferin verlassen, nie hat lebhaftigste Wollen einen Schatten auf ihr Arbeits- und erfolgreiches Leben geworfen.

Welche Prüfungszeit über das Saargebiet mit dem Einzug der Franzosen gekommen ist, hat sie in eigenen Hause mehr als einmal empfinden müssen. Mit natürlichem fräulichem Stolz und nie verblühter Offenheit hat sie den fremden Eindringlingen jederzeit zu erkennen gegeben, daß sie sie niemals als Sieger betrachte, sie noch weniger als Vertreter einer ritterlichen Nation achten könne. Zu einer solchen Beurteilung der französischen Besatzung hat diese durch ihr Benehmen, durch ihr zum Teil geradezu scandalöses Auftreten den Anlaß selbst gegeben. Sie hat sich durch keine Drohung baten hindern lassen, ihrer Meinung über das Verhalten der Franzosen Ausdruck zu geben. So war sie auch bei den Franzosen beliebt und dennoch grandat.

Nach wie von Saar-Brüden verlieren in der Entlassenen eine unerschrockene, eine unermüdliche Mithelferin. Zu einer Zeit, wo man im Saargebiet anfänglich jede Berührung mit dem Saar-Verein vermied, weil man politische Folgen, persönliche Verfolgungen fürchtete, hat Frau Bergat Jordans mit uns gearbeitet, mit uns beraten und für die Deutserhaltung des Saargebietes gekämpft. Gerade durch jene Frau durften wir erfahren, wach reicher Segen bei vertrauensvoller Arbeit zwischen Saargebiet und Saar-Verein zum Besten unserer Saargebietlichen sein. Wie weit gegenwärtiger Akt das Wirken des Saar-Vereins sein können, wenn nicht eine gewisse Negativität im Saargebiet der Saargegierung die Möglichkeit gab, die Tätigkeit des Saargebietes zu bedingthäten. Heute sind alle jene Vorwürfe, die man gegen den Saar-Verein gerichtet hat, in ein Nichts zerfallen. Seine Tätigkeit, seine Ziele liegen klar vor Augen. Doch der Saar-Verein in den Zeiten schwächerer politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung der Saargebietsbewöhrung durch die französische Besatzung und Saargegierung für Aufklärung über die Zustände an der Saar, über das Schicksal nach aufstrebender Hilfe gebracht, das ist zum Teil jenen Personen mit zu verdanken, die damals schon im Saargebiet mit uns tätig waren. Zu jenen Personen gehörte die soeben verlorbene Frau Bergat Jordans.

Am 23. Oktober 1852 wurde die Verblüdete als Tochter der angesehenen Saarbrüder Bankierfamilie Schlöcher geboren, deren Tradition es war, sich den Aufgaben der bürgerlichen Gemeinschaft und dem Vaterland zu widmen. Dieser Tradition getreu sehen wir in den Augusttagen des Jahres 1870 die 18jährige Johanna bei der Verwundetenpflege und der Fürsorge für die in den Kampf ziehenden Krieger. Im Jahre 1875 zog sie mit ihrem Gemahl, dem Landtagsabgeordneten der National-liberalen Partei, Bergat Jordans, nach Berlin, wo nicht nur ihr soziales und vaterländisches Sinnen, sondern auch ihr gewisses politisches Interesse solche Anregungen erhielten. So betätigte sie sich nach ihrer Rückkehr nach Saarbrüden nicht nur in einer Reihe sozialer und allgemeinmühler Korporationen und Einrichtungen, wo sie einen starken Einfluß entfaltete (u. a. Vaterländischer Frauenverein, Rotes Kreuz, Kindertruppe, Altershilfe), sondern auch in der Nationalliberalen Partei. Im Kriegsübernahme sie mit Frau Halby die Leitung des Bahnhofdienstes, der mit seinen täglich wachsenden Anforderungen und Sorgen das höchste Maß an Opferbereitschaft verlangte. Für diese Tätigkeit wurde ihr das Verdienstkreuz für Kriegsdienst verliehen, für ihre Tätigkeit im Rotes Kreuz die Rotes Kreuz-Medaille 3. und 2. Klasse. Von dem Krieg erwiderte sie sich neben ihrer ununterbrochen fortgesetzten sozialen Betätigung vor allem den Befürwungen der Deutsch-Saarbrüdischen Volkspartei, für die sie büch-sächlich bis in ihre Abschiedsstunde tätig gewesen ist.

Am 1. Oktober fand im Hause der Verstorbenen eine Leichenfeier statt. Eine stille Gemeinde aus allen Ständen der Bevölkerung hatte sich eingefunden, um der tapferen irischen Frau noch einmal gemeinsam zu gedenken. In einem Meer von Blumen stand der Sarg aus einfachem Tannenholz. Nach ihrem persönlichen Wunsch war der Sarg nur mit den schwarz-weißen roten Farben geschmückt, die ihr Symbol sein sollten, daß sie treu bis zu ihrem Tode für das deutsche Vaterland gearbeitet und gekämpft hatte. Vor daß ihr Lieblingspruch und Leitfaden für ihre Arbeit: „Ich bin geboren deutsch zu fühlen, bin ganz auf deutsches Denken eingestellt.“ Färrer Weiber gab seiner Ansprache das Wortwort: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des ewigen Lebens geben.“ In ergreifenden Worten schilderte er, was die Verstorbene zu allen Zeiten ihrer Vaterstadt Saarbrüden gemein ist: In den Tagen des Glücks

gehörte ihr Herz und ihre Talfrucht den Armen und Kostleidenden. Immer war sie zur Stelle, wo es galt, Gutes zu tun, nie erlahmte ihr durch strengen Gerechtigkeitsinn ausgezeichneter Arbeitslohn. Aber alle Verdienste aus jener Zeit wurden in den Schatten gestellt durch die tapfere und unergründete Haltung der Frau in den düsteren Tagen, als das Vaterland bedroht und dem Zusammenbruch nahe war. Damals, als in der furchtbaren Not der Niederlage unter den Bajonetten der Feinde zu fliehen, die früher nicht laut genug ihren Nationalismus hervorgerufen konnten, nur an Volk und Vaterland und am lieb selbst verzweifelt, da sie die treue Frau im wahren Sinne des Wortes, ihren Mann gefunden". In einem Augenblick ließ sie den Glauben und die Zuversicht an den Wiederauflieg des Vaterlandes, auf das sie so stolz war, sinken. Dem Vaterlande diente sie in bedingungsloser Hingabe in den Tagen des Glüdes wie des Unglücks. So war sie in ihrer Hülle, bescheidenen Art in ihrer bedrohten Heimat früher und Vorbild — das macht den Reiz zu so fächerlich und unerlässlich.

Es sprachen noch die Vertreter zahlreicher evangelischer und vaterländischer Vereine, sowie der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, denen Frau Johanna bis zum letzten Augenblick ihres irdischen Lebens in selbstloser dienender Hingabe ihre Arbeitskraft gewidmet hatte. Aus allen Worten klang das Bekennnis, daß das Andenken der Verstorbenen in ihrer Heimat als leuchtendes Vorbild der Treue und Pflichterfüllung unvergessen bleiben wird. Auch wir vom Saar-Berein werden ihr ein treues Gedenken bewahren, ihr, die uns treu zur Seite stand in unserer Arbeit um deutliches Volkstum und deutsche Heimat an der Saar!

*

Eine Wohltätlerin des Saargebiets, Frä. Amberg, ist nach einem legendären Leben und erfolgreichem Müssen Anfang Oktober gestorben. Vor 30 Jahren eröffnete sie in Marktstätt eine Haushaltungsschule mit fünf Schwestern. Aus diesem bestehenden Anfang wuchs das rastlose Tätigste in schneller Folge ein Unternehmen empor, das jährlich tausend kernbegabte Mädchen und Frauen planmäßig für eine sparsame und geordnete Hauswirtschaft zu erziehen wußte. Die Lebensbildung des Instituts nach St. Johanna erfolgte bereits 1898. Die Erzieherin Fräulein Amberg zogen bald die Aufmerksamkeit der Kommunalen und staatlichen Behörden auf sich, die Bergwerkdirektion, auch unsere Zentralfürsorge förderten ebenso, das wirtschafswerte soziale Ziel. Der Unterricht erstreckte sich auch bald auf irdische Arbeitserfahrungen, denen man feine geistige Opfer zumuten durfte. Die Kreisbehörde veranlaßte Kurse in fort allen ihr unterstehenden Geschäften. Die Leiterin gewann einen achtungsvollen Mitarbeiterinnen, ihr viel verzweigtes Werk gelangte zur Kenntnis der Großherzogin Luise von Baden, die mit Wort und Tat regles Anteil zeigte. Das Arbeitsgebiet zog stets weitere Kreise und mit solchem Erfolg, daß die Besucherinnen des Instituts zum Examen als Hauswirtschaftslehrerinnen in Koblenz und Köln zugelassen wurden. Bei Ausbruch des Krieges wurden alle Kräfte der Schule und deren Einbindung in den Dienst der Verpflegung durchziehender Truppen gestellt, von denen täglich 1500 gespeist werden konnten. Kargereit und Krankeanfänger wurden mit Gemüse und mit den viel beschränkten eingeordneten Früchten versehen. Daneben liefen Wohltätigkeitsveranlassungen, durch deren Ertrag an den Weihnachtstagen 104 bis 123 Kinder vollständig eingekleidet werden konnten. Andere Berufsleistungen galten ausschließlich der städtischen Kinderfürsorge, es kam dabei sogar wiederholt zu Beträgen in Höhe von 24000 Mk. Der fähigste Geist dieses völlig selbstlosen sozialen Wirkens blieb Frä. Amberg, die bei dem herrschenden Leid nur der Gedanke leitete, zu helfen und die Not zu lindern. Ein edles, tapferes Herz von tief religiösen Empfinden hat Fräulein Amberg in der Stille gewirkt, das Andenken an die glückliche und doch so tatkräftige Helferin wird dankbar gewahrt bleiben.

Stadtberufmeister Johanna Wittenbach 30 Jahre in Saarbrücken. Am 1. Oktober waren es 30 Jahre, daß Frä. Amalie Jung, die damalige Vorsteherin des Frauen-Bereins, Schwester Johanna Wittenbach nach Saarbrücken rief. Ihre Tätigkeit und Umsicht, ihre Geschicklichkeit, ihre gleichmäßige freundliche Ruhe, ihr nimmermüder Fleiß öffneten ihr bald die Häuser und Herzen. Fast zu bebauern ist es, daß Schwester Johanna, die eigenliche Krankenpflegerin, für die sie hervorragend begabt ist, späterhin nicht mehr aussähen konnte. Als sie nach einer Reihe von Jahren das Amt einer lädlichen Wollfabrikpflegerin übernahm, wurde das Band mit dem Frauen-Berein nicht gelöst. Sie blieb die ehrenamtliche Schwestern des Vereins, wobei die unentgeltliche, sie, die niemals krank war, die eine „elene Natur“ besaß, erkrankte Mitleid fünf Jahre lang schwer und hofft nun durch eine Kur Dillingen und neue Kraft zur Arbeit zu gewinnen. Welche Kreise wünschen ihr von Herzen, daß sie im vierten Jahrzehnt ihrer Tätigkeit hier in Saarbrücken mit der alten Frische wirken und schaffen kann zum Wohl ungezählter Leidender und Armer.

Arbeits- und Berufsjubiläen. Auf eine 20jährige Tätigkeit bei der Buchdruckerei Gebr. Hofes A. G. konnte der Schriftführer Philipp Franck in Saarbrücken zurückblicken. Der Produktiv Ludwig Klein beging in den ersten Oktobertagen den Tag seiner 20jährigen Tätigkeit bei der Firma Gebrüder Wiedberger, G. m. b. H., in Saarbrücken.

Handwerkersjubiläen. In Merzig konnten am 1. Oktober 15 Handwerkersjubiläen des Kreises ihr 60. bzw. 60jähriges Berufsjubiläum feiern. Auf eine 60jährige Tätigkeit können zurückblicken: Schlossermeister Hl. Millor, Drechslermeister Johann Peter, Zimmer- und Gipsermeister J. Pfeifer, alle in Merzig; Auf 50jährige Tätigkeit: Schreinermeister Bettinger, Killy und Malch, Weber in Merzig; Stellmachermeister J. Heinz (Landesratsmitglied und Vorsitzender des Handwerkersverbandes) und Schuhmachermeister Bohne, beide in Brodort; Schmiedemeister Kollmann und Stellmachermeister Körner in Merzig; Dachdeckermeister Morde in Merzig; Schreinermeister Kammann in Döppenweiler; Schreinermeister Ripplinger in Hilsingen; Schreinermeister Barbie in Bessingen und Schreinermeister Emmerich in Bagem.

Todesfälle: Saarbrücken: Frau Julie Schmidt, geb. Glüde, 84 Jahre; Georg Walsch, 67 Jahre; Freiherr von Heimrod, Friedrich Schwenker, 65 Jahre; Dr. med. Ernst Schmidt, 55 Jahre; Peter Ries, 70 Jahre; Fräulein Auguste Kirsch, 18 Jahre; Frau Hm. Luise Wittmer, verwitwete Hofmann, geb. Buchholtz, 87 Jahre; Frau Margarete Merkel, 69 Jahre; Eduard Hillinger. — Wilschheim: Friedrich Fritsch, 77 Jahre. — Gersweiler: Ernst Weintauch, 15 Jahre. — Ludweiler: Jakob Gimler, 52 Jahre. — Wöllingen: Wilhelm Hegel. — Altemwald: Frau Karoline Gempel, geb. Schramm, 64 Jahre. — Schiffweiler: Fräulein Schulz, 32 Jahre. — Plethen: Frau Johanna Rader, geb. Minna Weiss, 58 Jahre. — Neunkirchen-Saar: Frau Wwe. Amalie Koblitz, geb. Schwinn, 65 Jahre; Gottlieb Hamme, 66 Jahre. — Wilschstein: Gustav Müller, 22 Jahre. — Dittweiler: Fräulein Maria Schmitt, 63 Jahre. — Sinnersthal: Frau Karoline Heijig, geb. Honeder. — Stangenmühle: Martin Lindert, 60 Jahre. — Namborn und Rühroth: Johann Biesel, 65 Jahre. — Hilsbach-Pempelsbühlchen: Joseph Rinnetz. — Diefflen: Jakob Auackin, 74 Jahre. — Schwalbach: Bertha Paulus, 18 Jahre. — Wadolgissen: Jean Karrerbauer, 68 Lebensjahre. — Saarlosen: Frau Wwe. Katharina Schmitt, geb. Haas, 74 Jahre; Nikolaus Kießler, 65 Jahre. — St. Ingbert: Fräulein Elise L. am, 64 Jahre; Homburg: Frau Johanna Meß, geb. Abraham. — Mittelbergbach: Frau Julie Müller, geb. Wulff, 26 Jahre. — Paderborn: Frau Wwe. Wilhelm Labé, Franziska geb. Deansfeld, 79 Jahre. — Elze: Karl Fritsch, 17 Jahre.

Saarwirtschaftleben.

Die Not der saarländischen Bauern.

Die saarländischen landwirtschaftlichen Bezirksausschüsse haben in einer ausführlich begründeten Eingabe an die Regierungskommission nochmals nachdrücklich auf die allgemeine Notlage hingewiesen, in der sich die Landwirtschaft des Saargebiets seit der verwaltungsmäßigen Trennung vom übrigen Deutschland und ihrer Zugehörigkeit zum französischen Zollgebiet befindet. Der Beginn von Beobachtungen aus dem Reich sei bei landwirtschaftlich infolge des hohen Zolls ein ungünstiger, der doch hier erkennbar. Der Abfall landwirtschaftlicher Erzeugnisse außerhalb des Saargebiets sei durch die sogenannte Einzelverordnungsverordnung und die französischen Ausfuhrverbote unterbunden. Demgegenüber herrsche im Saargebiet ein Ueberangebot an wirtschaftlichen Erzeugnissen aus Lothringen. Dies wolle sich besonders für den Verkehr mit Milch unterliegend. Die öffentlichen Abgaben seien im Verhältnis zu den Erträgen der Landwirtschaft viel zu hoch. Die von der Saargebietung gemärdete Kreditliefe seien bereits wieder getündigt. Verhängnisvoll wirkt sich der Niedergang der französischen Währung aus. Die Landwirtschaft fordert schließlich von der Saargebietung ein Kapital in Höhe von 1/2 bis 1 Million französische Franken der laarländischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, um so eine Ermäßigung des Zinssfußes bei der Bank-, Genossenschafts- und Privaten aufzunehmenden Kapitalien zu erreichen. Ferner werden Maßnahmen gegen die lothringische Konkurrenz und die Schaffung von Hofkassengebieten verlangt.

Beitritt der Dillinger Hütte zu deutschen Verbänden. Die Dillinger Hütte, die kürzlich der Deutschen Bergbauvereinsmitglied beigetreten, hat sich nunmehr an den Reichsverband der Eisen- und Stahlwerke Dillinger beigeschlossen. Man erwartet von diesem Abkommen merkliche Festhaltung am selbstlichen Grobbleiemarkt. Nach dem durch den Abstieg des Eisenpreises die bestehenden Schwächen zum größten Teil beseitigt sind, wird auch mit einem baldigen Beitritt der Dillinger Hütte zu dem Deutschen Eisenverbande gerechnet.

Vom Saargrubenbau.

Opfer französischer Raubzüge. Auf Grube Feinly verunglückte der 42 Jahre alte Bergmann Paul Vuz aus St. Angere lebensgefährlich. Auf Grube Altenwald wurden zwei Bergleute von einem Kohlenwagen zu Tode gedrückt, ein dritter Bergmann verunglückte auf der Mittelgrube ebenfalls tödlich. Auf Grube König verunglückte der Grubenhilfsarbeiter Karl Herzmann aus Reuntlingen. Er wurde in schwererletem Zustande dem Krankenhause zugeführt. — Auf Grube Kantenthal wurde der 26 Jahre alte Schloffer Wertes von einem Wagen erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhause verstarb. Er hinterließ Frau und 2 Kinder. Innerhalb von zwei Tagen sind auf der Grube Jägerfreude fünf Bergleute zu Schaden gekommen, und zwar der Bauer Johann Gimmler aus Jägerfreude, der Bergmann August Häwener aus Aweiler, der Hohlgrubenarbeiter Friedrich Robert aus Saarbrücken sowie die Bergleute Johann Sommer aus Jägerfreude und Ludwig Müller aus Herrenlohr. Sie mußten sämtlich dem Lazarett zugeführt werden. Auf der Grube Feinly-Dehen verunglückte der Bergmann Johann Schommer tödlich. Auf der Grube Göttelborn wurde der Praktikant Hollweg aus Nechweiler vom elektrischen Strom getötet. Auf der Lothringer Grube Klein-Roseln geriet der 43jährige Elektriker Bury aus Sieringden-Wendel in die Transmissionsleine Maschine und wurde in Stücke gerissen. Der auf so tragische Weise Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 5 unversorgten Kindern.

Grubenschäden im Wildbolder Eisenbahntunnel. Seit längerer Zeit sind im Wildbolder Eisenbahntunnel Ausbesserungsarbeiten im Gange, ohne daß es bisher möglich war, die mit großen Kosten verbundenen Arbeiten zu beenden. Sachverständige sehen die Hauptursache an dem schlechten Zustand des Tunnels in den Bruchstellen des französischen Raubbaues auf den Gruben. Unter preussischer Verwaltung bestand die Verpflichtung, daß nur bis auf eine gewisse Grenze von dem Tunnel die Kohlengewinnung betrieben werden durfte, um den großen Trägern des Tunnels und damit diesem selbst den nötigen Haß und die Sicherheit zu bieten. Diese ist nun nicht mehr in dem erdzerfallenen Maße vorhanden, da man die Kohlengewinnung in Ausdehnung bis in unmittelbare Nähe des Tunnels ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Gefahr betrieb. In an dieser Stelle durchlaufenden Kohlenflöße, sollen bis dicht an die Träger abgebaut worden sein. Dem nötigen Druck können die Träger nicht mehr den nötigen Widerstand bieten, die Stützen bedeuten eine gewisse Gefahr für den Tunnel. Es kommt hinzu, daß die französische Grubenverwaltung dazu überging, auf dem Gelände über dem Tunnel eine mächtige Bergschale anzulegen, die die Tragkraft der Pfeiler durch den starken Gegendruck noch vermindert. Es ist dringend nötig, alles zu tun, damit die Gefahren und besonders deren Ursachen beseitigt werden.

Die brennenden Bergschalen. Aus Bergmannsreisen wird berichtet: Es war einmal eine prächtige Bergverwaltung, welche auf die brennenden Bergschalen Sand und sonstiges Material bringen ließ, um den Brand der Bergschalen einzudämmen. Heute kennt man, wie in so vielen anderen, was vernünftiger wird, auch das nicht mehr. Ein abhüchliches Bild unter vielen andern bietet die brennende Bergschale bei R. n. p. h. n. Man hat dort Wasserwerke angebracht, um wenigstens den Abfließen zu erweiden, als wolle man etwas tun. Das Wasser läuft aber seinen eigenen Weg und an der brennenden Schale vorbei. Reber von kleineren Schäden an der Gesundheit der Bevölkerung über die überlebenden Seele einen unheilvollen Einfluß auf die angrenzenden Wälder aus. Der schöne Wald bei der Bergschale zerstört ab, die Bäume stehen fast da.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Der Saar-Berein, Ortsgruppe Stettin e. V., hielt am 10. September, abends 8½ Uhr, unter Vorsitz des Schriftführers Obernachtsmeisters A. D. Schmidt im Gartenrestaurant „Lindenbo“ seine 10. und am 8. Oktober 1928 in der „Schillerloge“ zu Stettin unter dem Vorsitzenden Oberringerat Dr. Stegner in Anwesenheit von 17 Mitgliedern und Gästen seine 17. Monatsversammlung ab. 2 Mitglieder fehlten in letzterer mit Entschuldigung. In der Versammlung vom 10. September gab der Kassierer, Zivilingenieur Ehrhardt, bekannt, daß die von der Berliner Zentralstelle angeforderte Musterung von Mitgliedsportraits aus dem Saargebiet eingetroffen sei; seiner Empfehlung, Bestellungen aufzugeben, kam eine Anzahl Mitglieder nicht nach. Abdom wurde ein von den Eheleuten Dillso eingegangenes Schreiben bekanntgegeben, worin die dem Saar-Berein für die ihnen zu ihrer Silberhochzeit überreichte Spende

ihren herzlichsten Dank auszusprechen. In der Versammlung am 8. Oktober nahm der Vorsitzende zunächst Kenntnis, daß der aus wesentlichen Frau Dillso nochmals mündlich anlässlich ihrer Jubelfeier die herzlichsten Glückwünsche des Vereins zu übermitteln, ebenso dem Malchinenschloffer Stann zu seiner Wiedererlangung nach langwieriger Krankheit infolge eines Unfalles. Abdom gab der Vorsitzende als neueste Erfolge der Ortsgruppe die Schaffung eines „Saarvereins“ in Stargard i. P. und einer „Saarstraße“ in Naugard bekannt. Dem Bürgermeister der letztgenannten Stadt wurden auf Veranlassung des Kassierers zwecks Verwendung unter der Bezeichnung seitens der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ 30 Aufführungsschriften über das Saargebiet überhandelt. Die Zahl der Mitglieder beträgt, nachdem wiederum ein Beitritt erfolgt ist, gegenwärtig 34. Bekanntgegeben wurden der Dank der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ für das zur Kölner Bundesversammlung übergebene Begrüßungsplakatgramm, ferner ein Schreiben von der Geschäftsstelle, worin zum Ausdruck gebracht ist, daß die Ortsgruppe Stettin bisher die einzige war, die zu den Rollen der Ortsgruppe der genannten Zeitung herausgegebenen Zeitschriftennummer des „Saar-Freund“ einen einmaligen Beitrag — ungeachtet ihres geringen Rollenbestandes — geleistet hat. Infolge letzterer Umstände mußte leider auch ein von Frau Bertha Schmidt-Bickelmann in Gernhain angebotenes Vortragabend verzichtet werden. In einer vom Verein für das Deutschtum im Auslande im September veranstalteten Hilfs- und Werbewoche für das Grenz- und Auslandsdeutschtum konnte sich der Verein zu einem Bedauern nicht beteiligen, da der hierauf bezügliche Schriftwechsel infolge Beurlaubung des Vorsitzenden unerschickelt geblieben war. Von dem „Saarkalender 1927“ sind im ganzen 11 Stück bestellt; von der Göttingischen Schrift „Die Geschichte des Saarstaates von Versailles“ konnten bisher 2 Exemplare käuflich an die Behörden, Schulen und Private abgegeben werden. Die Vorbereitungen zu einem Saarauftrage des Vorsitzenden an der Universität Greifswald sind im Gange. Eine längere Erörterung verurteilte die Frage, ob man nicht künftig für die Mitglieder zu den Monatsversammlungen, statt, wie bisher, durch Postkarten, durch ein Inserat in den Stettiner Tageszeitungen einladen sollte; das letztere doch beträchtliche Kosten verursachen würde, soll es bei dem bisherigen Verfahren bleiben. Das Wintervergnügen der Ortsgruppe wird am Sonntag, dem 9. Januar 1927, von 6 Uhr abends ab, in der „Schillerloge“ abgehalten werden; ferner beschloß die Anwesenden, an verabschiedeten Sonntagen nachmittags im Winter bei dem Mittellage Gastwirt Schröder im Restaurant „Lindenbo“ geistliche Zusammenkünfte zu veranstalten.

Das Vereinsleben der Ortsgruppe leidet in letzter Zeit an einem doppelten Umstande: einmal an der mangelhaften Beteiligung der Mitglieder an den Monatsversammlungen und sodann daran, daß die Mitgliedsbeiträge nicht oder doch nur unregelmäßig eingehen; teilweise sind sie seit Jahresfrist und länger rückständig. Da es unmöglich ist, mit einem Rollenbestande von sage und schreibe: neunzehn (19) Mark, wie er sich gegenwärtig stellt, die großen Ausgaben des Vereins zu erfüllen, wird herzlich gebeten, die rückständigen Beiträge sofort an den Kassierer, Zivilingenieur Ehrhardt, Stettin, Friedrichstraße 22A, einzuliefern. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Mitglieder künftighin zu einem regelmäßigeren Besuche der Monatsversammlungen zu veranlassen.

□ Der Saar- und Pöls-Berein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine hat auf Grund seiner verabschiedeten Anträge erreicht, daß auch die Stadt Freiberg (Sa.) eine Straße mit „Saar-Str.“ bezeichnet hat. Zu dem Erfolg herzlichsten Glückwünsche.

§ Ortsgruppe Neulinghausen i. W. des Bundes der Saarvereine. Die hiesige Ortsgruppe hatte ihre Mitglieder am 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, zu einer Versammlung im Reisszimmer des hiesigen Saalbaues eingeladen. Die Tagesordnung bestand in: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes und 2. Vortrag des Herrn Seminaroberlehrers Debusmann von der Ortsgruppe Eilen, über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine. Die gut besuchte Versammlung wurde von 2. Vorsitzenden, Herrn Baltes, eröffnet. Er hielt alle Ehrentitelnen herzlich willkommen. Abdom gab der frühere 1. Vorsitzende, Herr Eich, einen kurzen Überblick über die bisherige Tätigkeit der hiesigen Ortsgruppe. Es wurde abdom zur Tagesordnung geschritten. Zu Punkt 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes, wurden folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender: Bureauverwalter Richard Kämpf, 2. Vorsitzender: Magistratsrat Dr. Böhler, 1. Schriftführer: Bureauangehöriger Ernst Eich, 2. Schriftführer: Bergmann Ferdinand Baltes, 1. Kassierer: Bergwerksleiter Fritz Raddy, 2. Kassierer: Bergwerksmeister Carl Schloßmann; Beisitzer: Gerichtsschlichter Ritel Gerwert, Bergmann Fritz Baltes. Zu Punkt 2. Herr Seminaroberlehrer Debusmann hielt einen erhellenden

den und klaren Vortrag über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine und über die gesamte Saarfrage nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Der Redner bedauerte zücker Beifall. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben die Anwesenden noch einige Zeit gemütlich zusammen.

*

§ Verdrängung. In die auf S. 264 der Nr. 19, 7. Jahrgang vom 1. Oktober 1926 veröffentlichte Notiz der Ortsgruppe Slettin des Bundes der Saarvereine über die Umbenennung einer Straße hat sich ein irreführender Fehler eingeschlichen. Nicht in Slettin, sondern in Raurgard (Rom.) ist der Verbindungsweg zwischen Greifenweg und Grenadierstraße die Bezeichnung „S a a r - W e g“ beigelegt worden.

Kleine Mitteilungen.

Die Deutsche Hochschule für Politik, in deren Vorstand neuerdings Ministerpräsident Braun, Professor D. Dr. Eredt, Geheimrat Justizrat Professor D. Dr. Kahl, Reichsminister a. D. Dr. Koch, Generalrat Graf Verchenfeld und Reichskanzler Dr. Wozig eingetreten sind, veröffentlicht ihr neues Forschungsverzeichnis. Das Semester beginnt am 1. November 1926. Von den Vorlesungen sind besonders zu nennen: Geschichte Europas im 19. Jahrhundert (1815-1890) — Dr. Ridmond Lernog; Politik und Moral — Professor Dr. W. Scheler; Allgemeine Staatslehre (ausgewählte Kapitel) — Privatdozent Dr. Hermann Heller; Imperialismus und Nationalismus als Grundlagen der Außenpolitik — Gouverneur z. D. Dr. Schöne, R. d. A.; Wirtschaft, Verkehrs- und Siedlungsgeographie als Grundlegung der Lehre von Weltwirtschaft und Weltverkehr (mit Viskubildern) — Dr. Adolf Grabowski; America — Geheimrat Professor Dr. von Schulze-Gaevernik; Grundlagen der westlichen Kultur — Privatdozent Dr. W. Haas; Die Probleme des Sowjetstaats — Geheimrat Kleinow; Deutschlands innere Politik und Entwicklung seit 1870 — Dr. Theodor Heuß, R. d. A.; Innenpolitische Probleme Deutschlands während des Weltkrieges — Professor D. Dr. Eredt; Vergleichende Parteientunde — Dr. Peter A. Rohden; Verwaltungsreform in Reich und Ländern — Ministerialdirektor a. D. Präsident Dr. Wulert; Die Sozial-Hordenbergschen Reformen — Staatsminister Dr. Drews; Internationale Sozialpolitik — Dr. Fritz Tändler; Völkerrecht und Politik — Oberregierungsrat Dr. Hans Simons; Politische und kulturpolitische Propaganda — Ministerialdirektor z. D. Dr. Spieder. Ergänzend finden mehr als 20 seminaristische Übungen zum Teil im unmittelbaren Anschluß an die Vorlesungen statt. Alle Vorlesungen und Übungen werden in den Abendstunden zwischen 5 und 9 Uhr abgehalten. Die Einschreibgebühr beträgt 3 M.; die Hörschulfe für die Semesterwochenstunden durchschnittlich 3 M.; einige Vorlesungen fast unentgeltlich. Vorlesungsverzeichnisse, Auskünfte, Anmeldungen: Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6.

Bücherbesprechung.

„Volk und Staat“, von Theodor Heuß. Ist es die Aufgabe der Staatsbürgerkunde, die Einrichtungen des Staates darzustellen, so hat sich das Werk von Heuß die Aufgabe gestellt, nicht so sehr Gesetze und Institutionen zu zeigen, sondern die seelischen und sachlichen Grundkräfte des politischen Lebens zu veranschaulichen. Vom Wesen eines Volkstums und von den Elementen des Staates ausgehend, umfaßt es die verschiedenen Herrschaftsformen, ihre geschichtliche Bedingtheit, ihre Organe, ihre Einbeziehung ausdeutend; es unterleuchtet die Tugenden der sozialen Schichtungen in ihrem Verhalten zum Staat, erörtert die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Staat und Kultur; die religiösen Bewegungen, die Kultur- und Kunstfragen, soweit sie Bestandteile der rechtlichen Formungen und der inhaltlichen Erfüllung des öffentlichen Lebens sind, erfahren eine weitgehende und feinsinnige Erörterung. Das Buch hat nichts mit aktueller Politik zu tun; es ist in seiner Anlage mehr historisch geistigt, und die grundrisslichen Betrachtungen sind durch mannigfache Beispiele aus Staats- und Kulturgeschichte farbig und eindringlich gemacht. Aber es liegt auf der Hand, daß auch zu dem Fragen innerer und äußerer Politik, die unter Schicksal bestimmen, der Weg des Fortschreitens geöffnet wird. Welches sind die historisch-politischen Entwicklungslinien des „Bundesstaates“, wie spielt sich die Auseinandersetzung ab zwischen Parteilosen und berufsmäßigen Gewählten, vor wela Aufgaben der nationalen und internationalen Politik ist das deutsche Volk gestellt, wenn es das Westbild betrachtet, das in Versailles geschaffen wurde? Mit abgewandter Gedächtnis und starker Einfühlung in die vielen Gegenwärtlichkeiten unites heutigen öffentlichen Lebens analysiert der Verfasser dessen Eideinigungsformen, selbstkritisch und verkehrend; der Wert und Raabdruck des Buches liegt darin, daß die Bewegung des politischen Lebens sein Thema ist, nicht die Startheit fertiger Ergebnisse. Das muß auch seine Wirkung beim Leser sein, denn es nicht in Lehnbuchform totes Wissen vermitteln will, sondern des aus dem Wissen zum inneren Begreifen der politischen Kämpfe und sozialen Bewegungen leiten möchte. Dann weckt es eigenes Nachdenken, erzieht zu eigener Stellungnahme. Fern oder pedantischen Langeweile will es, farbig und bewegt geschrieben, ein Spiegelbild sein der großen geistigen und sachlichen Auseinandersetzungen der politischen Zeit und der politischen Welt und helfen, daß in dem Strom der Dinge jeder seinen festen Punkt gewinnt.

Briefkasten.

- Von A. in A. M. 50., mit bestem Dank erhalten.
- Von D. in S. M. 3., mit bestem Dank erhalten.
- Von Sp. in A. M. 0,50 mit bestem Dank erhalten.
- Von U. in S. M. 2,50 mit bestem Dank erhalten.
- Von A. in S. G. M. 1,50 mit bestem Dank erhalten.

Heimat und Volk

Politisch-kulturelle Zeitschrift zur Pflege deutschen Volkstums und Volksbewußtseins

„Heimat und Volk“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kann durch die Geschäftsstelle Berlin S 14, Stallhreiberstraße 4 bezogen werden. / Vierteljahresbezug 1,25 RM., für das Ausland halbjährlich 3., -RM. / Probenummern sind unter Beifügung von 1.-RM. anzufordern.

Was dem Inhalt der bisher erschienenen Heft:

Heimat und Volkstum — Die Grundlagen deutscher Politik / Deutsche Lied und deutsche Pflicht / Unser Weg zur Volksgemeinschaft / Das deutsche Erbebild / Politik und Bildung / Staatsgebunden und Staatsgestaltung / Fremdenlands farbige Herz / Fremdenlands nationale Beteiligung / Das kulturelle Problem / Wälder von der Vogelweibe / Kubins Lied, der Dichter des Deutschtums / Adoroc Giom / Hermann der Cherusker und die Germanen.



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund der Saarvereine wissen muß sagt das von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin herausgegebene Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebiets.

Die Sache des Bundes der Saarvereine muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, bewohnt er oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied der Bundes der Saarvereine oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund der Saarvereine sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11 Fernspr. 1.650-3249 Königgräber Straße 94 Fernspr. 1.650-3249

Erscheint monatlich zweimal, am 1. und 15., mit der vierseitigen Illustration Monatsheften „Saar-Heimatsbilder“ Beilagen von durch die unterhalb beschriebenen Verlagsstellen (S. 266) erhalten. In Sonderheften erfolgt Lieferung durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ C. 3, Berlin SW 11, Königgräber Straße 94, Fernspr. 1.650-3249; Amt Postfach 3249. — Bezugspreis monatlich 20 Heller. — Alle Zahlungen an Postkontos Berlin 3249, Dr. 055-08 oder an Deutsche Post, Postkontos O, Berlin SW 47, Post-Nr. 1191-15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftliche Saar-Verein“ C. 3, mit dem Beträg „Saar-Verein“ erhalten. — Für den Geschäftsblatt verantwortlich Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“ C. 3, Berlin SW 11, Königgräber Str. 94; D. r. u. D. Deutscher Schriftverlag, Berlin SW 11.